

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
janzährig 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich 12 Bl.

Kommunistische Parolen.

Ein kommunistischer Redakteur hat es nicht leicht. Fürwahr, „es möchte kein Hund länger so leben.“ Er muß täglich für Emotion seiner Leser sorgen, und da doch nicht täglich ein Ereignis geschieht, das Gift und Galle der kommunistischen Anhänger hervor zu erregen imstande ist, so muß der Redakteur, dem die Sorge für die Fortentwicklung der kommunistischen Seele anvertraut ist, nach allen Kräften nachhelfen: mit überlebensgroßen Lettern, mit viel und fetter Druckerschwärze — je mehr, desto besser — und mit Kampfparolen, die er nur so aus dem Aermel schütteln können muß, wenn er vor den gestrengen Moskauer Meistern seine Verwendbarkeit erweisen will. Wenn schon der Bolschewismus dem Arbeiter nicht täglich sein Gnuh im Topfe geben kann, so kredenzt er ihm doch wenigstens täglich seine Sensation. So lange die Weltrevolution noch nicht von Moskau abgejagt war, ging das leicht. Da war es keine Kunst, die kommunistischen Nachläufer in Aufregung zu erhalten. Welche freudige Erwartungen erweckte allein schon die beharrlich genährte Vorstellung von dem Paradies, welches aus Erden anheben werde, wenn erst einmal Bourgeois und Sozialpatrioten „an die Wand gestellt“ sein würden. Heute, wo so ein Redakteur, ganz wie ein sozialdemokratischer Lafai der Kapitalisten, darauf angewiesen ist, den armeligen Knochen der „Tagesforderungen der Arbeiterschaft“ zu benagen, ist das Geschäft, jeden Tag die im Interesse des Bolschewismus nötige Portion Aufregung zu erzeugen, viel schwerer geworden. Für Aufputzung aber muß gejorgt werden, nicht etwa, um die Arbeiterschaft zu einer Tat zu haranguiieren — Gott bewahre, denn die wilden Revolutionäre haben gelernt, mit Taten ebenso sparsam zu sein, wie freigebig mit starken Worten —, sondern um den Unterschied zu markieren, der zwischen den schlappen Sozialdemokraten und den forschenden kommunistischen Weltumstürzern besteht. Da kommunistische Verheißungen und Erfüllungen im Verhältnis zueinander stehen, wie etwa das adriatische Meer zu einem nassen Spudfeld, muß die kommunistische Presse dieses Mißverhältnis ihren Lesern durch Getöse verweisen machen. Auch hat sie durch ihre tägliche Zenitscharenmusik zu beweisen, daß die Welt erst dann vollkommen sein wird, wenn die Diktatur der Sinowjews, Lojowskys, Kamenews, Kuns und Kohns über die Menschheit errichtet sein wird.

Dreihundertfünfundsechzigmal im Jahre, in Schaltjahren dreihundertsechsechzigmal, wird also der kommunistische Leser von seiner Presse zu irgendwas „aufgerufen“, was die Päpste oder auch nur irgendein kommunistisches Schmöklein, das beauftragt ist, zu den „Nachrichten“ die Titelüberschriften zu schreiben, jeweils für die dringendste Aufgabe halten. Das geschieht in so dringlicher Form und mit so fetten Lettern, daß der kommunistische Zeitungsläser glauben muß, er verwerfe sein bolschewistisches Seelenheil, wenn er nicht unverzüglich alles stehen und liegen läßt und für die angegebene Sache sein Bestes in die Schanze schlägt. Aber ehe er noch dazu kommt, fällt ihm wie ein Fieselstein eine neue Parole auf den Kopf. Jetzt wird es das richtige sein, denkt sich der aus den kommunistischen Posaunen Aufgerufene, aber schon am nächsten Tage hört er die Drommeten schallen, die ihm etwas noch Dringlicheres auftragen. Den ganzen Spektakel nennen die Kommunisten: den revolutionären Kampf für die Arbeiterschaft führen. Außer Vergewandung von viel Druckerschwärze kommt bei dieser überwältigenden Strategie nichts heraus. Man kann sich eine Stunde ungetrübter Heiterkeit verschaffen, wenn man die kommunistischen Zeitungen eines Monats durchblättert; es staunt der Laie und wundert sich der Fachmann, was den kommunistischen Arbeitern da alles an Aufträgen zuteil wird. Am 17. März hieß es: „Schafft rote Hilfe!“ Aber das war offenbar nicht genug Beschäftigung für die kommunistischen Kämpfer, und so gab es noch einen andern Aufruf zu lesen: „Gegen die englische Blockade, für ein be-

Genossen und Genossinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wieder rufen wir euch auf, zu rüsten zu würdiger Feier des ersten Mai, des großen Festtages aller Arbeitenden.

Aber wir rufen euch nicht nur zur Feier des Tages der Arbeit, zu gewaltiger Kundgebung für die Ideale des Sozialismus, denen dieser Tag geweiht ist — wir rufen euch

zu erneutem politischem Kampfe!

Der erste Mai war Erwecker riesiger Arbeitermassen, er war Kampftag und Festtag zugleich all die Jahrzehnte, seit das zum Klassenbewußtsein erwachte Proletariat seinen selbstbestimmten Festtag feierte. Er ist heuer mehr denn je

ein Kampftag aller sozialistischen Arbeiter.

denn der Vormarsch der Reaktion droht Errungenschaften, die dauernd zu sein schienen, die in einem demokratischen Staate zu den Selbstverständlichkeiten des täglichen Lebens gehören, zu vernichten. Vereinigung, Versammlung und Pressefreiheit gibt es nicht mehr, das Wahlrecht, die letzte der demokratischen Errungenschaften, die der Vorsturm der Reaktion noch nicht niederzurennen vermochte, soll, wenn es nach den Wünschen tschechischer Chauvinisten geht, gründlich verschlechtert werden. Der Militarismus begehrt nicht nur neue Geldopfer, er greift auch verlangend nach jüngerer Jugend, die er zu militärischer Vorbereitung zwingen will. Arbeiterfeindliche Steuerpläne, an denen die Regierung festhält, wucherische Zollpläne, an deren Durchsetzung tschechische und deutsche Agrarier gemeinsam arbeiten, drohen in einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit, dauernder Kurzarbeit, das Leben der Arbeiter so zu verteuern, daß es zu einer dauernden Hölle der Not werden muß. Der Achtstundentag ist den Kapitalistenklassen dieses Staates ein Dorn im Auge und immer wieder werden Versuche nach Abschaffung dieser Errungenschaft unternommen. Und über diese verderblichen Pläne weit hinaus greifen die Absichten jener tschechischen Chauvinisten, die von faschistischen Gelüsten erfüllt sind. Das Chaos, in das der Nationalismus dieses Landes geführt hat, dient als Vorwand, um nach anderen als demokratischen Methoden zu rufen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, wenn es eine Klasse gibt, die befähigt und berufen ist, den Kampf gegen die reaktionären Pläne zu führen, so ist es die Arbeiterklasse. Ihr Lebensinteresse gebietet ihr, sich der Reaktion entgegenzuwerfen. Verliert sie ihre spärlichen politischen Rechte, dann verliert sie auch die Möglichkeit, gegen ihre wirtschaftliche Versklavung zu kämpfen.

Darum, Genossen und Genossinnen, rufen wir euch auf, den ersten Mai zu einem wirklichen Kampftage zu gestalten, rufen wir euch auf, am ersten Mai aufzumarschieren zu mächtvollen Kundgebungen

**gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion!
gegen den Militarismus!
für die politischen Rechte der Arbeiter!
für die nationale Verständigung!**

Gerade im Lande der nationalen Entrechtung und des wütesten nationalen Kampfes ist es notwendig, daß wir uns unserer Mission, für die nationale Verständigung zu arbeiten, bewußt bleiben. Und gerade der internationale Charakter der Maifeier ist es, der uns an diese Aufgabe mahnt. Die Fortdauer der nationalen Kämpfe, das Wachsen des politischen Chaos infolge der Ungeklärtheit der nationalen Fragen begünstigt die Reaktion, gibt ihr vielfältige Möglichkeiten zu immer wieder sich erneuernden, immer kühneren Vorstößen. Wir bekämpfen die Reaktion auch durch unseren Kampf um den nationalen Frieden!

Für diesen Kampf, zur Kundgebung eueres unerschütterlichen Kampfwillens, zur Bekundung der Kampfbereitschaft der ganzen deutschen Arbeiterklasse dieses Staates wider alle reaktionären Pläne, wider die drohende Verelendung der arbeitenden Massen, und zum Kampfe für die politische Freiheit rufen wir euch auf!

Der erste Mai 1926 muß beweisen, daß die alte sprichwörtliche Begeisterung, die alte Treue zum Sozialismus, der alte Kampfsgeist ungebrochen im Proletariat fortleben!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

freies China!“, in dem die Arbeiter der Tschechoslowakei in schrillen Tönen aufgefordert wurden, überall Versammlungen und Kundgebungen „für China, gegen die imperialistischen Räuber“ durchzuführen. „Nieder mit der englischen Blockade! Verhindert kriegerische Maßnahmen gegen Kanton!“ Eben waren die Reichsberger Kommunisten damit beschäftigt, Kanonen auf dem Zaberlicher Berg aufzuführen, um England auf die Knie zu zwingen, als ihnen am 20. März schon ein neuer Auftrag erteilt wurde: „Auf zum Kampf gegen die neue Beamtenregierung!“ Um nicht über Mangel an Beschäftigung zu klagen, erscholl am selben Tag noch ein anderer Kampfruf: „Gegen den weißen Terror!“ Der nächste Tag, es war ein Sonntag, brachte über einem mächtigen Aufruf der Komm. Korresp. den flammenden Titel: „Keine Oppositionsspielerei — sondern wirklicher Kampf gegen die Reaktion!“ Am Dienstag darauf hieß es: „An die Arbeit, Vertrauensmänner!“ Nämlich an die Arbeit „zum Kampfe gegen die neue Steuerreform“. Zur Abwechslung wurden am 24. die Arbeiter aufgefordert, trotz der Lafaien der Reaktion — das sind wir! — die Einheitsfront hochleben zu lassen. Am 25. März beschloß man, sich nicht mehr mit Kleinigkeiten abzugeben und auf Ganze loszugehen. Die Parole lautete: „Für die Arbeiter-

und Bauernregierung in der Tschechoslowakei!“ Herr Cerny brachte aber vor den Kommunisten, die ihn abzusehen drohten, nicht lange zu zittern, denn schon zwei Tage darauf schrien die fetten Lettern: „Für die Einheitsfront der Industriellen und Landarbeiter mit den Kleinbauern!“ Am 30. dürfte wohl diese Einheitsfront noch nicht ganz fertig gewesen sein, dennoch wurde eine neue Parole ausgegeben: „Für die einheitliche Durchführung des Steuerkampfes!“ und bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß auch schon eine wirkliche Versammlung abgehalten worden war, nämlich in Georgswalde. Am 1. April hieß es: „Gerüchte über Neuwahlen“, und den Kommunisten wurde aufgetragen, „unermüdblich zu rüsten“. Am 2. April hieß es im Befehlsstone: „Weg mit dem Venter System!“, wobei die Drohung verkündet wurde: „Keine Ruhe, solange dieses System in Geltung ist!“ Der 4. April brachte einen Rammruf: „An das werktätige Volk der Tschechoslowakei!“ Am 7. April war die Parole des Tages: „Weg mit der Grenzsperrre!“ Am 9. gab es einen Aufruf der „Roten Frontkämpfer Deutschlands an die aktiven (!) revolutionären Kämpfer der Tschechoslowakei“, der mit dem schönen Gruß „Rot Front!“ abschloß. Dann noch einen Aufruf: „In den Kampf für die Mindestforderungen des werktätigen

Volksbildung und Landwirtschaft.

Wir bringen hiermit einen Abschnitt aus dem soeben erschienenen Werk Otto Bauers „Sozialdemokratische Agrarpolitik“ (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Preis geheftet 58). Die Schrift, die der Erläuterung des Agrarprogrammes der österreichischen Bruderpartei dient, ist ein wahres Lehrbuch sozialdemokratischer Agrarpolitik und bringt auch für unsere Verhältnisse eine Fülle des Wertvollen.

Der moderne Kapitalismus hat nicht nur in der Industrie das Handwerk durch die Fabrik, die Handarbeit durch die Maschinenarbeit verdrängt, die Arbeitsverfahren umgewälzt. Mit der Entwicklung des modernen Kapitalismus haben sich auch die Landwirtschaftswissenschaften und die Landwirtschaftstechnik gewaltig entwickelt. Sie haben den Landwirt gelehrt, durch zweckmäßige Auswahl des Saatgutes, durch rationelle Bodenbearbeitung, Düngung und Fruchtfolge, durch planmäßige Züchtung der Viehrassen, durch zweckmäßige Fütterung des Viehs, zweckmäßige Stallrichtungen, planmäßige Bekämpfung der Tierseuchen, durch Verwendung besserer Geräte und arbeitssparender Maschinen die Erträge der Arbeit in der Landwirtschaft bedeutend zu erhöhen.

Die Besitzer der landwirtschaftlichen Großbetriebe stellen Güterbeamtete, die an den Hochschulen ausgebildet worden sind, in ihren Dienst. Wissenschaftlich geschulte Wirtschaftsleiter verwenden die Errungenschaften moderner Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft.

Ungleich schwerer finden die Lehren der modernen Landwirtschaftswissenschaften und die Hilfsmittel moderner Technik in den bäuerlichen Betrieben Eingang. Gewöhnt, weiterzujirtschaften, wie ihre Väter und Großväter gewirtschaftet haben, lernen es die Bauern nur allmählich, bei der Auswahl von Saatgut und Zuchtvieh, bei der Düngung und Fütterung, bei der Bodenbearbeitung und der Wahl der Fruchtfolge, bei der Einrichtung der Wirtschaftsgebäude und bei der Auswahl der Maschinen und Geräte die Erfahrungen und Forschungsergebnisse der Wissenschaft zu verwerten. Die Armut der Bauern und die Kleinheit ihrer Betriebe, aber auch die Unwissenheit vieler Bauern und ihr Hang an alten Ueberlieferungen und Vorurteilen erschweren den Uebergang zu produktiven Wirtschaftsmethoden.

Das ganze Volk aber hat das stärkste Interesse daran, den Fortschritt der bäuerlichen Wirtschaft zu ergiebigeren Wirtschaftsmethoden zu fördern.

Je größere Ernteerträge der Bauer seinem Boden abzurufen und je höherwertiges Vieh er

Volkes!“ Am 10. April läuteten die kommunistischen Glocken: „Das Gebot der Stunde: Einheitsfront von unten!“ Es gab aber noch eine andere Glocke, die rief: „Vereinigt Euch zum Kampfe gegen den Völkerverbund!“ Auch der 11. der 13., 14., 15. und 16. brachten pünktlich die Parole des Tages, alle von einer Wucht, daß jede einzelne geeignet war, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unheilbare Wunden zu schlagen.

Leider haben sich die Arbeiter, auch die kommunistischen, abgewöhnt, das Zeug zu lesen und das tägliche Aufruf-Geschrei ernst zu nehmen. In dem fränkischen Bestreben, es der Sozialdemokratie an Radikalismus zu vorzuziehen, müssen die Kommunisten immerzu schreien und schreien. Wer aber ständig schreit, dem hört bald auch das geduldigste Ohr nicht zu. Besonders, wenn der Reflektarm in so argem Widerspruch zu dem Erreichten steht, wie bei den Kommunisten. Es ist Radikalismus der billigsten Sorte, den die kommunistische Partei in den Spalten ihrer Presse täglich zur Schau stellt. Der Unernst ihrer Parolen, die nicht als Zweck den Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft haben, sondern die Sucht, die Sozialdemokratie zu überlitzieren, macht die Leser dieser Parolen stumpf und schädigt die ersten Kämpfe des sozialistischen Proletariats.

zu züchten versteht, desto besser wird seine Lebenshaltung und die Lebenshaltung seiner Familie, desto günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen kann er seinen Lohnarbeitern gewähren, desto mehr Nahrungsmittel kann er den Städten und Industriegebieten liefern, desto mehr Erzeugnisse der Industrie und des Gewerbes kann er kaufen. Mit der Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit wächst also der Wohlstand des ganzen Volkes.

Deshalb hat die Sozialdemokratie an die Spitze ihres Agrarprogramms Forderungen gestellt, die die höchstmögliche Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft anstreben.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit von der Höhe der Volksbildung abhängt. Die Völker mit der größten Zahl von Analphabeten haben die niedrigsten, die Länder mit der höchsten Volksbildung haben die höchsten Erträge vom Hektar Bodens!

Wohl ist es für den Bauern ein Opfer, wenn er seine Kinder in die Schule schicken muß, statt ihre junge Arbeitskraft in seiner Wirtschaft zu verwenden. Wohl kostet die Volksschule den Bauern Geld. Aber ist es nicht unbegreiflich, daß viele Bauern dem Ausbau des Schulwesens mißgünstig gegenüberstehen. Aber dieses kurzfristige Vorurteil müssen wir überwinden. Denn je mehr die Kinder des Landvolkes in der Schule lernen, je mehr die Schule ihre Fähigkeit zu beobachten und zu denken entwickelt, desto besser wird die nächste Generation wirtschaften können!

Deshalb fordert die Sozialdemokratie vor allem den Ausbau des Schulwesens auf dem Lande. Die Sozialdemokratie betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben in den Dörfern, den Vorurteil des Landvolkes gegen das Schulwesen zu überwinden, das Landvolk über die Notwendigkeit weitestmöglichen Ausbaues des Schulwesens aufzuklären, die höchstmögliche Entwicklung des ländlichen Schulwesens zu erkämpfen. Die Sozialdemokratie ist die Partei der Schule!

Die Schulgesetznovelle von 1883 hat das Volksschulwesen auf dem Lande empfindlich geschädigt. Damit schon die zwölf- bis vierzehnjährigen Kinder, statt die Schule zu besuchen, Dienstboten erledigen können, hat dieses Gesetz die sogenannten Schulbesucherleistungen eingeführt und dadurch die achtjährige Schulpflicht auf dem Lande tatsächlich aufgehoben. Soll die Volksschule ihre große Aufgabe für die Entwicklung der Landwirtschaft wirklich erfüllen können, dann müssen vor allem diese Schulbesucherleistungen aufgehoben, muß vor allem die achtjährige Schulpflicht wieder hergestellt werden.

Freilich wird die Verlängerung der Schulpflicht nur dann von Nutzen sein, wenn die Kinder die Zeit, die sie in der Schule verbringen, wirklich fruchtbar verwerten können. Dies setzt vor allem voraus, daß nicht allzu viele Schüler in einer Schulkasse zusammengepfercht werden; in überfüllten Schulklassen ist ein geüblicher Unterricht nicht möglich. Insbesondere in den ein- und zweiklassigen Landschulen, in denen derselbe Lehrer in derselben Schulkasse Kinder verschiedener Altersstufen gleichzeitig unterrichten muß, ist die Herabsetzung der Schülerzahl dringend notwendig. Dadurch werden die einklassigen Schulen in zweiklassige, die zweiklassigen in dreiklassige verwandelt werden können, was an sich schon eine wesentliche Erleichterung und Förderung des Unterrichtes zur Folge hat.

Erst die Herabsetzung der Schülerzahl wird

Internationale Abwehrfront der Bergarbeiter

Rolle Unterstützung der englischen Bergarbeiter durch die Internationale. — Möglichkeit eines internationalen Streiks.

Brüssel, 16. April. (Eigenbericht.) Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat heute in Gegenwart der englischen Delegierten einstimmig beschlossen, sich mit den englischen Bergarbeitern solidarisch zu erklären. In der diesbezüglichen Resolution heißt es u. a.: Der einzige Weg, die internationale Kohlenkrise zu überwinden, besteht in der Erörterung einer internationalen Regelung der Kohlenproduktion und des Kohlenabfahes. Das Internationale Komitee erklärt sich vollständig solidarisch mit den englischen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen eine Herabsetzung der Löhne und gegen einen Bruch der nationalen Konventionen. Das Internationale Komitee ist gegebenenfalls bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausfuhr von Kohle nach England zu verhindern.

Sollte nach einer Prüfung der Lage durch die zuständigen nationalen Organisationen ein internationaler Streik beschlossen werden, so wird das Internationale Komitee diese nationalen Organisationen dazu verpflichten, den Streik nicht früher zu beenden, bevor nicht eine vernünftige Grundlage für die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Ländern, die in den Kampf verwickelt sind, gefunden worden ist. Das Internationale Komitee wird in diesem Falle als Streikkomitee handeln, dessen Anweisungen für alle Länder bindend sind.

Streikgefahr in der englischen Maschinenindustrie.

Die Kohlenkrise ernst, aber nicht hoffnungslos.

London, 16. April. (Reuter.) Die Konferenz der Arbeitgeber und der Gewerkschaften der Maschinenindustrie, in der über die Forderung der Arbeiterschaft auf eine Erhöhung der Löhne in ganz England um ein englisches Pfund pro Woche verhandelt wurde, hatte kein Ergebnis. Die Ge-

auch die Anwendung der modernen Unterrichtsmethoden in den Landschulen ermöglichen. Nach den modernen pädagogischen Grundsätzen der Selbsttätigkeit der Kinder in der Erarbeitung des Unterrichtsstoffes, der Bodenständigkeit des Unterrichtes und der engen Verbindung der Unterrichtsstoffe muß der Unterricht in den Landschulen neugestaltet werden. Selbsttätigkeit: Die Kinder werden dazu angeleitet, sich die Erkenntnisse, zu denen die Schule sie führen soll, durch eigene Beobachtung und eigenes Denken zu erarbeiten. Bodenständigkeit: Der Unterricht geht von der Beobachtung dessen, was die Kinder in der Heimat sehen können, in der Landschule also von der Beobachtung des Lebens und der Arbeit im Bauernhaus, im Dorf, auf der Ackerflur und im Wald aus. So werden die Kinder schon frühzeitig dazu erzogen, die verschiedenen Arbeitsmethoden und ihre Erfolge miteinander zu vergleichen. Nur so kann ein Geschlecht erzogen werden, das nicht in der von den Vätern überkommenen Weise weiterwirtschaften, sondern geistig beweglich, für Neuerungen empfänglich, zur kritischen Ueberprüfung und Erprobung jedes neuen Vorschlages geneigt und darum fähig sein wird, seine Arbeitsverfahren und Arbeitsmittel ständig zu verbessern.

An der Spitze unseres Agrarprogramms stehen darum folgende Forderungen:

Ausbau und Reform des Volksschulwesens und dem Lande: Wiederherstellung der vollen achtjährigen Schulpflicht; Aufhebung der Schulbesucherleistungen. Beschränkung der zulässigen Schülerzahl in jeder Schulkasse, zunächst auf höchstens vierzig. Durchführung der Grundzüge der Unterrichtsreform in den Dorfschulen (Arbeitsschule, Bodenständigkeit des Unterrichtes).

werkschaften halten sich insoweit für berechtigt, in London und den Vororten bei ihren Mitgliedern über die Frage, ob ein Streik begonnen werden soll, abzustimmen.

Die Situation in der Kohlenfrage halten die politischen Kreise zwar für ernst, aber keineswegs für hoffnungslos. Der Ministerpräsident hat sich heute nach Windsor begeben, um dem König Bericht über den Stand der Krise in der Kohlenindustrie zu erstatten.

Die Verhandlungen zwischen den Kohlengrubenbesitzern und den Bergarbeitern werden in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.

Die Erneuerung der Landschule setzt freilich auch eine Reform der Lehrerbildung voraus. Nur ein landwirtschaftlich gebildeter Lehrer wird das Interesse der Kinder auf die landwirtschaftlichen Arbeitsverfahren und Arbeitserfolge lenken können. Uebrigens wäre es auch außerhalb der Schule von höchstem Werte, wenn die Dorfschullehrer landwirtschaftlich gebildet wären; welcher Gewinn für die bäuerliche Wirtschaft, wenn in jedem Dorfe mitten unter den Bauern ein Mann lebe, der Selbsterfahrung hat, eine landwirtschaftliche Hochschule zu besuchen! Das von der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung Wiens gegründete Pädagogische Institut zeigt, wie wir zu einer solchen Reform der Lehrerbildung gelangen könnten. Die jungen Lehramtsanwärter empfangen an diesem Institut ihre pädagogische Bildung; sie haben zugleich aber auch Gelegenheit, sich eine besondere fachliche Bildung an einer der Wiener Hochschulen zu erwerben. Es kann also auch ein Teil von ihnen an der Hochschule für Bodenkultur Landwirtschaftswissenschaften studieren.

Die Volksschule muß ihre Ergänzung finden in der Fortbildungsschule für die der Volksschule entwachsene Jugend.

In Oesterreich haben wir längst die obligatorische Fortbildungsschule für die gewerblichen Lehrlinge. Nach dem Krce haben einige Bundesländer — Vorarlberg, Salzburg, Steiermark, Kärnten — auch schon Gesetze über die Errichtung von Fortbildungsschulen für die Kinder der Bauern und der landwirtschaftlichen Arbeiter erlassen. Wir werden auf diesem Wege weiterstreiten müssen.

In der Schweiz dauert der obligatorische Fortbildungsunterricht drei Jahre nach Beendigung der Schulzeit. In diesen drei Jahren mer-

den im Winterhalbjahr sechs Unterrichtsstunden wöchentlich erteilt. Die Hälfte der Unterrichtszeit ist allgemein bildenden Fächern (Deutsche Sprache, Rechnen und Buchhaltung, Geometrie und Feldmessen, Staatskunde und Volkswirtschaftslehre), die andere Hälfte dem landwirtschaftlichen Fachunterricht gewidmet. Im Sommerhalbjahr entfällt der Unterricht; nur an vier halben Tagen im Verlaufe des Sommers sind die Schüler zur Teilnahme an praktischen Übungen verpflichtet.

Unter Agrarprogramm geht über das Schweizer Vorbild noch hinaus, indem es die Fortbildungsschulpflicht auf vier Jahre nach Beendigung der Volksschule ausdehnen will, wobei der Unterricht selbstverständlich auch hier in der Hauptsache in der arbeitsarmen Winterzeit zu erteilen sein wird. Unser Agrarprogramm fordert:

Obligatorische Fortbildungsunterricht für alle in der Landwirtschaft Tätigen vom 14. bis zum 18. Lebensjahr; in den ersten beiden Jahren vorwiegend allgemeiner, in den beiden nächsten Jahren landwirtschaftlicher Unterricht.

Von größerem Nutzen wäre es, wenn möglichst viele, die einmal ein selbständiges Bauerngut zu leiten haben werden, nicht nur den dürftigen landwirtschaftlichen Fachunterricht einer Fortbildungsschule genossen, sondern sich durch Zurücklegung einer landwirtschaftlichen Mittelschule mit zwei- oder dreijährigem Kurs ein höheres landwirtschaftliches Fachwissen aneigneten. Das wird aber erst dann möglich sein, wenn viel mehr solche Schulen bestehen werden, als derzeit in Oesterreich bestehen, und wenn der Besuch dieser Schulen durch Gewährung vieler Stipendien aus öffentlichen Mitteln erleichtert wird. Zugleich werden aber auch diese Schulen reformiert werden müssen. Der Unterricht an diesen Schulen ist derzeit so eingerichtet, als hätte er vornehmlich Güterbeamte für den Großbetrieb zu erzielen; der Unterricht wird so umgestaltet werden müssen, daß künftige Leiter bäuerlicher Wirtschaften in diesen Schulen das lernen, was sie einst brauchen werden. Darum fordert unser Agrarprogramm:

Schaffung eines dichten Netzes niederer Landwirtschafts- und Fortbildungsmittelschulen. Anpassung dieser Schulen an die praktischen Bedürfnisse des bäuerlichen Betriebes. Stipendien aus öffentlichen Mitteln für Kinder von Kleinbauern und Landarbeitern zum Besuche dieser Schulen.

Ein wichtiges Mittel zu Hebung des Kulturstandes des Landvolkes und damit auch seiner wirtschaftlichen Tüchtigkeit ist der Ausbau des Volkshochschulwesens auf dem Lande. In Oesterreich hat ein Sozialdemokrat, Lubo Hartmann, die volkstümlichen Univeritätskurse und die Volkshochschule begründet; aber die Wirksamkeit dieser Einrichtungen hat sich bisher auf die großen Städte beschränkt. In anderen Ländern, insbesondere in Dänemark, hat das Volkshochschulwesen auch auf dem Lande große Bedeutung und Ausdehnung erlangt. Es ist gewiß kein Zufall, daß in Dänemark, das das bestausgebauteste Volkshochschulwesen auf dem Lande besitzt, auch das bestausgebauteste bäuerliche Genossenschaftswesen, die höchstentwickelte bäuerliche Wirtschaft überhaupt besteht. Mit der Entwicklung des ländlichen Volkshochschulwesens in Dänemark ging der Siegeszug der dänischen Butter und der dänischen Eier Hand in Hand. Darum fordert unser Agrarprogramm:

Ausbau des Volkshochschulwesens auf dem Lande.

Aus dem Nachlass von Richard Brandel.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen.

5 Von Jiri Haukman.

3. Kapitel.

Ein Initiativantrag.

„Entgegen den aufgetauchten Gerüchten über den Verlauf des gestrigen Ministerrates sind wir ermächtigt, folgendes zu erklären:

1. Eine Ministerratssitzung hat gestern überhaupt nicht stattgefunden.

2. Es entspricht ferner nicht der Wahrheit, daß von dem Minister für öffentliche Arbeiten ein Antrag auf obligatorische Verfüllung der Menschheit eingebracht wurde und daß bei den Verhandlungen darüber unter den einzelnen Kabinetsmitgliedern gewisse Differenzen zutage getreten seien. Es ist im Gegenteil wahr, daß dieser Antrag einhellig abgelehnt wurde.

3. Damit fallen auch die übrigen unsinnigen Gerüchte von einer angeblichen Krise der Regierung und deren baldigem Sturz von selbst weg.

Gegen die Verbreiter der obangeführten Gerüchte wird im Sinne des § 65 Abs. c), des Hofdekrets vom 28. VII. 1884, S. d. G. u. B. Nr. 369, eingeschritten werden.“

In dem ehemals oppositionellen Abgeordneten Rumbiburr war trotz seiner wunderbaren Befehring noch soviel Radikalismus übrig geblieben, daß er nach der Lektüre dieser Notiz die „Offizielle Staatszeitung“, in der dieses Dementi gleich neben dem Leitartikel mit daumendicken Buchstaben gedruckt stand, in der Hand zerstückelte und erboht unter den Tisch warf. Dann schob er den Lehnstuhl, in dem er saß, ein wenig zurück, kreuzte die Beine, stützte das Kinn in die Hand und blüete eine Weile finster vor sich hin.

„Wegen der Dickköpfigkeit einiger moralisch verkrachteter Individuen“, überlegte er, „die freilich eben deshalb aus Ruder der Regierung gekommen sind, soll das ganze Volk um die Wohlfahrt der obligatorischen Ethisierung gebracht werden. Wegen der Beschränktheit einer Handvoll reaktionärer Greise... eh, woyu sein Gewissen mit Schimpfen beschweren? Es gibt Gott sei Dank! noch andere, einflußreichere Faktoren; und ich werde beweisen, daß ich nicht umsonst Parlamentsmitglied bin! Jawohl, noch bin ich da, aber entscheiden wird, ob die Menschheit stütlich wird oder nicht!“

Mit diesen Worten erhob er sich, streckte selbstbewußt die Brust heraus, und nachdem er sich eine Weile (infolge einer alten, durch die Agatherg'se bisher noch nicht ausgerotteten Gewohnheit) vor dem Spiegel an seiner eigenen imposanten Figur geweidet hatte, entfernte er sich, um die geeigneten Schritte zur gebührenden Förderung des Erfinders zu unternehmen.

Zunächst begab er sich ins Parlament. Im Klubzimmer seiner Partei setzte er sich schweigend nieder und entwarf folgenden

Initiativantrag:

Das hohe Parlament wolle beschließen:

§ 1.

Die Regierung wird aufgefordert, in eigener Regie die Erzeugung einer solchen Menge Agathergie zu übernehmen, welche genügt, sämtlichen Bürgern der Republik Utopien die Liebe zum Nebenmenschen einzupflanzen.

§ 2.

Nach Herstellung der im § 1 bezeichneten Menge wird durch ein eigenes Gesetz die allgemeine Ethisierungspflicht eingeführt, die sich auf alle Angehörigen der Republik Utopien ohne Unterschied des Alters, Geschlechtes, der politischen und religiösen Zugehörigkeit erstreckt.

§ 3.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Minister für Schulwesen und Volkskultur betraut.

Das Einholen der Unterschriften war mit gewissen Schwierigkeiten verbunden: Nach der strikten Bestimmung der Geschäftsordnung waren ihrer wenigstens zwanzig notwendig, indes weilten zu dieser Zeit in Nordville nur zwei von Rumbiburrs Anhängern (im ganzen waren es fünf). Zu diesen konnte man noch ruhig vier Mittelgewerksparteileute, vier Kleingewerbliche Fortschrittler und drei Vertreter der Minimalgewerkspartei rechnen. All diese schlossen sich nämlich grundsätzlich allen oppositionellen Anträgen ohne Rücksicht auf deren Inhalt an, so daß im ganzen vierzehn Unterschriften gestrichelt waren — wie aber die übrigen sechs aufstreifen? Der energische Rumbiburr war nicht müßig: Er überfiel in der Parlamentsrestaurations ausgesprochen regierungsfreundliche Abgeordnete und stürzte sie so lange bei ihren Versuchen, zum Speisens zu kommen, bis schließlich auch sie ihm gegen ihre eigene Ueberzeugung ihre Namen zur Verfügung stellten.

So gelangte der Initiativantrag vor den Initiativausschuß und von hier in den „Landes-Kultur-Ausschuß“ (denn so hatte das Parlamentspräsidium den Kompetenzkonflikt zwischen dem Komitee für technische und kulturelle Angelegenheiten gelöst). Er sollte im beschleunigten Wege innerhalb der äußersten Frist von vierundzwanzig Stunden erledigt werden.

Hatte schon der Ministerrat zu keiner einheitlichen Meinung über das Projekt des Fabrius gelangen können, so zeigten sich bei dessen parlamentarischer Behandlung noch gewichtigere Meinungsverschiedenheiten. Der Hauptreferent, der agrarische Abgeordnete Krausening, äußerte die Ansicht, daß die obligatorische Ethisierung nur den Handels-, Gewerbe- und Arbeiterkreisen auferlegt werden solle, da der Bauernstand, der so-

wieso schon seit langem unter einer Unmenge anderer Lasten, besonders unter Steuern und Requirierungen ächze, diese neue Belastung einfach nicht ertragen könnte.

Demgegenüber bewies der Vertreter der nationalen Minderheit von Ultimathule, indem er auf die wirtschaftliche, nationale und kulturelle Bedeutung hinwies, der seine Stammesgenossen in der Republik ausgeliefert seien, daß es voram wäre, einzig und allein die Angehörigen der herrschenden Klasse von Utopien mit Nächsterliebe zu „impfen“ (wegen dieses Ausdruckes wurde er vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen), damit sie endlich von ihrem Imperialismus und Chauvinismus geheilt würden. Die obligatorische Ethisierung der Bewohner von Ultimathule würde nicht nur dem natürlichen Selbstbestimmungsrecht, sondern auch dem Status des Völkervertrages und den feierlich garantierten, internationalen Verträgen über den Schutz der Minderheiten widersprechen.

Dr. Arroschimo, der hervorragende (und neben dem alternden Vorsitzenden Dr. Kromerius eigentlich entscheidende) Sachwalter der international-gewerbegrenzensforschenden Partei, hielt darauf, „eine der hinreichendsten Reden, die man je aus seinem großen Munde gehört habe“ — so schrieben wenigstens am nächsten Tage die „Allparteilichen Blätter“. Er sagte etwa folgendes:

„Meine Herren! Während man in Rom beriet, fiel Sagunt. Während wir hier in unfruchtbareren Debatten die Zeit vergeuden, verbluten unsere geknechteten Minderheiten im ungleichen Kampfe gegen den Erbfeind, in einem Kampfe, bei dem unsere eigene Regierung in unbegreiflicher Schwäche ihnen in den Rücken fällt; und sie auf Gnade und Ungnade dem grausamen Urtypator ausgeliefert, der nur auf den geeigneten Moment wartet, bis er uns die so teuer erkaufte Freiheit wird entreißen können — die Freiheit, für die ich und andere hochverdiente Männer meiner Partei in Kerkermauern geschmachtet haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Auch die bürgerlichen Parteien wissen, daß nur der Ausbau des Schulwesens von der Volksschule bis zur Volkshochschule mit dem Kulturniveau des Landvolkes auch seine wirtschaftliche Tüchtigkeit und dadurch auch die Produktivität der Landwirtschaft heben kann.

Trotzdem fürchten die bürgerlichen Parteien den Ausbau des Schulwesens auf dem Lande. Sie fürchten, daß die Massen des Landvolkes, wenn sie erst eine bessere Schulbildung genossen haben werden, nicht mehr die überlieferierten Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande geduldig ertragen, sondern sich mit den Industriearbeitern zum Kampfe gegen die Herrschaft der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer, der Herrenbauern verbinden werden.

So ist die Haltung der bürgerlichen Parteien zwiespältig. Sie wissen, daß die Unwissenheit der Bauern und der Landarbeiter ein Hindernis der Entwicklung unserer Landwirtschaft zu höherer Arbeitsproduktivität ist. Aber sie fürchten, daß höhere Bildung des Landvolkes die Herrschaft der Massen, die die bürgerlichen Parteien vertreten, erschüttern würde. Sie möchten gern dem Landvolk höhere Bildung geben, damit es sich in seiner Wirtschaft vom lähmenden Banne veralteter Ueberlieferungen befreie; aber sie fürchten sich, dem Landvolk die höhere Bildung zu geben, weil sie wissen, daß ihre Herrschaft zusammenbrechen würde, wenn sich das Landvolk auch im gesellschaftlichen und politischen Leben von dem lähmenden Bann alter Ueberlieferungen zu befreien begänne. So erkennen sie zwar in Worten die Notwendigkeit des Ausbaues des Schulwesens an; aber in Wirklichkeit haben sie für den Ausbau des Schulwesens keine Neigung, keine Opferwilligkeit, keine Tatkraft.

Aber die Sozialdemokratie. Sie hat vor der Hebung des Kultur-, des Bildungsniveaus des Landvolkes nichts zu fürchten, sondern alles zu hoffen. Sie allein kann daher mit ganzem Herzen für den Ausbau des Landvolkes eintreten.

Nicht in der Gefolgschaft der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer, sondern nur im Bunde mit den Industriearbeitern, nicht also in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien, sondern nur unter den Fahnen der Sozialdemokratie kann das arbeitende Landvolk seinen Kindern eine bessere Zukunft erringen.

Das Urteil im Brüner Monturdepot-Prozess.

Zuschner freigesprochen, Ionk Kerkerstrafen von sechs Wochen bis zu drei Monaten.

Brünn, 16. April. Nach mehr als eintägiger Dauer der Verhandlungen gelangte, nachdem gestern die Sachverständigen ihr Gutachten abgegeben und der Militärprokurator seine Anklageerhebung gehalten hatte, heute abend der Prozeß zum Abschluß.

Vormittags begannen die Plädés. Der Verteidiger Dr. J. J. Závora, der Vertreter des Angeklagten Zuschner, verlas einen Erlaß des Verteidigungsministeriums vom 22. September 1922, in dem angeordnet wird, die von „reel. le n“ Firmen gelieferten Waren nach bloß qualitativer Prüfung mit Vorbehalt der nachträglichen quantitativen Ueberprüfung zu übernehmen und zu bezahlen. Einige Wochen später wurde angeordnet, solche Waren auch ohne Vornahme der qualitativen Prüfung zu übernehmen. Die Entscheidung darüber, ob eine Firma „reel.“ ist oder nicht, blieb den Sektionsleitern überlassen.

Der Grund dieser Maßnahme ist folgender: Nicht nur im Jahre 1923, wie wir seinerzeit behaupteten — unsere Behauptung wurde von General P e e k bestätigt —, sondern auch im Jahre 1922 war das Budget des Verteidigungsministeriums gegen Jahresluß nicht erschöpft. Aus diesem Grunde wurden immer zu Jahresluß diese Massenkäufe, die den Staat um viele hunderte von Millionen schädigten, getätigt, da in der Tschechoslowakei ein nicht aufgebrauchter Budgetposten nicht wie in anderen Staaten auf neues Konto übertragen wird, sondern einfach verfällt. Es ist interessant zu erfahren, daß über diesen Erlaß, der dem Staat so schweren Schaden zufügte und der juristisch einfach unhaltbar ist, die Rechtsabteilung des Ministeriums überhaupt nicht befragt wurde.

Auch Dr. Lorek, der Verteidiger P e g e r s, betonte, daß man einen Offizier nicht gut für etwas bestrafen könne, was das Ministerium nicht nur gebilligt, sondern geradezu angeordnet habe. Während seines Plädés mußte die Verhandlung plötzlich unterbrochen

werden, da der Vorsitzende aus dem Verteidigungsministerium zum Telefon gerufen wurde. Der Zwischenfall erregte großes Aufsehen und gab Anlaß zu allerlei Kommentaren.

Der Verteidiger Wittner Dr. G r o a l schilberte das ungeheure Chaos, das im Monturdepot herrschte; die Vorschriften seien ununterbrochen geändert worden, so daß sich niemand auskannte, was eigentlich in Geltung sei. Wittner habe zu Beginn seiner Tätigkeit versucht, sich nach den Vorschriften zu richten, und wollte einen Verlust ordnungsmäßig melden; doch habe ihm das sein Vorgesetzter mit der Bemerkung verboten, er sei in der „Depologie“ noch nicht genügend bewandert. Ueberschüsse habe es, das hätten alle Zeugen bestätigt, immer schon gegeben. Was die falsche Eintragung in die Lieferhefte betrifft, sei es eigentlich noch heute ungewiß, welche Rubrik die maßgebende sei. Im übrigen hätte ja das Ministerium den Auftrag gegeben, einen unrichtigen Lieferlag einzutragen. Wittner, dem keine Geschenkannahme nachgewiesen werden konnte, sei nur durch bloßen Zufall in diesen Prozeß verwickelt worden. Der Verteidiger K y n e l s, Dr. K r e v e l a, sagte, daß bei einer genauen Befolgung aller Vorschriften es zugegangen wäre wie bei der passiven Resistenz der Eisenbahner.

Um halb 3 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und um halb 8 Uhr abends

Das Urteil

verkündet.

Oberleutnant Zuschner wurde freigesprochen, P e g e r und Z i m m e r h a l l wegen Geschenkannahme zu drei Monaten, Wittner und K y n e l wegen Mißbrauches der Amtsgewalt, der erstere zu vier Monaten, der zweite zu sechs Wochen Kerker verurteilt. Die Strafen Zimmerhalls und Pegers sind durch die Unterjuchungsbereitschaft verbißt, alle Strafen mit Ausnahme der Zimmerhalls bedingt. Alle Verurteilten wurden zugleich degradiert.

durch Aufhebung der Erklärung eigentlich den gesellschaftlichen Vorgang unmöglich macht, muß abgewartet werden.

Die Staatsangestelltenvorlagen. Das amtliche Pressebureau veröffentlicht folgende optimistische Mitteilung: Die Beratungen mit den Staatsangestelltenorganisationen über die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse nehmen ihren Fortgang. Die Behandlung des Materials ist sehr gründlich (!), darum schreibt die Angelegenheit nur langsam vorwärts. Die Verhandlungen finden geteilt nach der politischen Zugehörigkeit der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen statt. In den ersten Tagen der nächsten Woche werden Beratungen mit den noch übrig bleibenden Gewerkschaftsorganisationen gepflogen werden und man kann hoffen, daß die Verhandlungen im Laufe der nächsten Woche beendet sein werden.

Was ist's mit Smeral? Wie der „Vorwärts“ meldet, wurde nach Beendigung der Arbeiten des Moskauer erweiterten „Etki“, bei der Vornahme der Neuwahlen Smeral in das Sekretariat dieses „Etki“ gewählt. Da Smeral als Sekretär des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale nun wohl zumindest einen großen Teil des Jahres in Moskau wird verbringen müssen, so kommen einem da gewisse Blättermeldungen aus der letzten Zeit wieder in den Sinn, von denen wir bisher nicht Notiz nahmen. Man sprach nämlich davon, daß Smeral a b s i c h t l i c h in Moskau zurückgehalten werde, ja man verstieg sich sogar zu der Vermutung, daß Smeral gewaltsam an der Rückkehr in seine Heimat verhindert werde. Die Bestellung Smerals zum Sekretär scheint nun diese Nachrichten wenigstens zum Teil zu bestätigen, und daß da irgend etwas vorgegangen ist, ließe sich auch schon daraus schließen, daß die kommunistische Presse weder seinerzeit auf die verschiedenen Gerüchte reagierte, noch jetzt das „Avancement“ Smerals um internationalen Sekretär irgendwie kommentiert. Es dürfte also richtig sein, daß man von Moskau aus Smeral fastzustellen oder doch zumindest zum Teil von der Arbeit in der Partei, als deren erster Führer er doch auch bis heute noch gilt, auszuschalten sucht.

Eingreifen des Parteivorstandes in den Sachkonflikt.

Berlin, 16. April. (Eigenbericht.) Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat den Parteiauschuß zum nächsten Dienstag nach Berlin zu einer Sitzung einberufen, die sich mit dem Sachkonflikt beschäftigen soll. Der Parteivorstand wird in der Sitzung den Briefwechsel, den er in der letzten Zeit in dieser Angelegenheit mit den Vertretern beider Richtungen in Sachsen geführt hat, dem Parteiauschuß unterbreiten und ihm zugleich Kenntnis von den weiteren Verhandlungen geben, da nur so eine klare Urteilsbildung über die letzten Vorgänge möglich ist.

Neue Pressebelagerung in Italien.

Rom, 15. April. Wie einige Blätter melden, wurde der „Lavoro“, eines von den drei noch bestehenden sozialistischen Tagblättern, durch ein neues Dekret auf unbestimmte Zeit verboten.

Prager Kurse am 16. April.

	Wert	Ware
100 holländische Gulden	1856.-	1362.-
100 Reichsmark	873.25.-	807.25.-
100 belgische Franken	124.33.-	128.70.-
100 Schweizer Franken	651.50.-	654.50.-
1 Pfund Sterling	168.97.50	165.17.50
100 Lire	135.55.-	136.95.-
1 Dollar	33.70.-	34.-
100 französische Franken	114.05.-	115.45.-
100 Dinar	50.37.50	50.87.50
10.000 ungarische Kronen	4.60.25	4.70.25
100 polnische Zloty	374.50.-	380.50.-
100 Schilling	476.25.-	479.25.-

Tages-Neuigkeiten.

Die Heue nach Tripolis.

Europa seufzt: „Es bleibt mir nichts erspart. Steis stört ein wilder Hügelpf meine Kreise. Einst litt ich schwer an einer Langerfahrt, Dafür geht heut' nach Tripolis die Reise. Wie unter Wilhelm liegt auf den Gewässern Schon wieder irgendeine Zukunft 'rum. Daß sich die Herren absolut nicht bessern! Ich trag' den Schaden — nebst dem Publikum.“

Das hält Paraden ab und macht Manöver, Das schwingt das scharfe Schwert und renommiert; Das haucht den Nachbar an: Ja bin di öwer! Der aber rümpft die Nase höchst pikiert. Das prahlt mit Dreadnoughts und Torpedobooten; Das schwelgt in einem dauernden Hurra. Erst brüllt man Neben und dann schickt man Noten, Urplötzlich ist die Kriegserklärung da.

Die armen Völker bleiben auf der Strecke Und sind am Ende matt und todesmüde. Doch just zuvor verschwinden im Versteck Die Männer mit dem ungeheuren Mund. Seh' ich das Heute, graut es mir vor morgen. Es dämmern wieder große Zeiten jetzt.“ Europa seufzt: „Was hab' ich doch für Sorgen!“ Europa seufzt und . . . Mussolin hebt. Henning Duderstadt.

Bekennnis einer schönen Seele.

Ein christlichsoziales Blatt gegen die Altersversicherung der Arbeiter, aber für die Diktatur der Unternehmer in den sozialen Instituten.

Die Zeiten sind vorüber, da die Christlichsozialen sich der Taten ihrer österreichischen Gesinnungsgenossen laut rühmten. Der Schwindel der Seipelkammer zieht nicht mehr und was sonst noch zu berichten wäre, ist als Propagandamittel nicht weniger unbrauchbar. Dann und wann aber versucht ein clerikales Blättchen die christlichsoziale Politik in Oesterreich wenigstens zu rechtfertigen. Dabei ist es nicht zu vermeiden, daß unsere Leisetreter und Lopolos-Jünger in manchen Fragen die Karten aufdecken, die sie sonst klug zu kaschieren wissen. Will man beispielsweise die Stellung unserer Christlichsozialen zu der Sozialversicherung kennen lernen, so liest man mit großen Nutzen den Bericht des Wiener Korrespondenten des Jägerndorfer Merkurblattes „Das Volk“ in der Folge vom 15. d. Dort heißt es:

„Dieser unverstämte Terror (die sozialdemokratische Forderung nach der Altersversicherung, D. Red.) in der Zeit der größten wirtschaftlichen Not ist um so verdammenstwert, als die Altersversicherung der Arbeiter, die in die hunderte von Milliarden kosten würde, heute von der österreichischen Volkswirtschaft gar nicht getragen werden könnte, denn Gewerbe, Handel und Industrie werden schon von den heutigen sozialen Lasten in ihrer Existenz bedroht.“

Weiters verlangen die Sozialdemokraten bei der Zusammenlegung des Vorstandes der Krankenkassen, daß die Unternehmer nur ein Fünftel, die Arbeiter aber vier Fünftel der Mandate besitzen sollen, was die Herstellung einer absoluten sozialdemokratischen Parteiherrschaft für dauernde Zeiten im Krankenkassenwesen bedeuten würde. Die Sozialdemokraten verlangen also eigene gesetzliche Bestimmungen, die ihnen die Mehrheit in der Verwaltung der Versicherungsanstalten sichern sollen, obwohl die von ihnen Vertretenen nur einen geringen Bruchteil zum Gesamterwerb beitragen. Die (christlichsoziale) Regierung schlägt vor, daß die Unternehmer ein Drittel des Vorstandes inne haben sollen, während die anderen zwei Drittel von den Arbeitnehmern auf Grund des Proporeses zu wählen wären. Das ist sicherlich bescheiden genug (!) und den berechtigten Interessen der zahlenden Arbeitgeber gegenüber nicht entsprechend.

Damit also die sozialdemokratische Alleinherrschaft in den jetzigen und künftigen Versicherungsinstituten in Oesterreich gewahrt bleibt, sollen sich Handel, Gewerbe und Industrie mit einer einflusslosen Statistikerrolle begnügen und eine für die gesamte Wirtschaft so wichtige und entscheidende Frage soll nicht von gerechten wirtschaftlichen Grundfragen, sondern von wirtschaftsschädlichen parteipolitischen Machteliten beeinflußt und entschieden werden. Die produzierenden Stände sollen also gesetzlich dazu verurteilt werden, mit ihren Beiträgen die Versicherungsinstitute zu erhalten, damit die sozialdemokratischen Altatoren und Mandatäre einträglich Funktionen dabei bespielen können. Es ist selbstverständlich, daß diese Erpressungen der sozialdemokratischen „Gewerbetreuer“ nicht gelteuen dürfen und daß die wirtschaftlichen Organisationen hier wachsen über die Interessen der produzierenden Stände sorgen werden.“

Da fragt man sich nur, warum das wirtschaftlich so schwache Land, dessen Bankmagnaten die Sozialversicherung nicht „ertragen“ können, den Pfaffen noch immer die Kongrua bezahlt!

Inland.

Das Schicksal der Marienbader Güter.

Die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes.

Das Stift Tepl hatte gegen die Entscheidung des Bodenamtes an das Oberste Verwaltungsgericht appelliert. Das Bodenamt hatte dem Stift 250 nur 195 Hektar zugespochen. Der Verwaltungsgerichtshof hat dem Stift den Anspruch auf 250 Hektar zuerkannt. Von den beschlagnahmten Marienbader Besitzständen wurden nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes dem Stift Tepl zugewiesen: das Brunnener Sendungsgebäude, das Tepler-Haus, das Haus „Goldene Krige“, der Kurpark, das Reubad, das Zentralbad, der Zentralpark, das Salzwerk, das Bahnhofs-magazin und die Dampfstraße, die Beschlagnahme wurde wegen Geisteswidrigkeit aufgehoben. Dagegen wurde die Beschlagnahme wegen der Beschlagname der drei Quellen Kreuzbrunn, Ferdinandsquelle und Rudolfsquelle abgewiesen, da die gesetzmäßige Frist veräunnt worden war. Wegen einer Reihe von Quellen wurde noch keine Entscheidung getroffen, da das Verfahren Mängel aufweist. Mit dieser Entscheidung gelangen die Bäder, Parks und Kurhäuser von Marienbad wieder in den Besitz des Stiftes, während die Quellen selbst dem Staate verfallen.

Was in der Tschechoslowakei alles möglich ist.

Die politische Bezirksverwaltung in Aussig hebt eine Erklärung des Bürgermeisters auf.

In der Sitzung der Gemeindevertretung in Aussig vom 24. März l. J., hat der Bürgermeister in seinem sowie im Namen der beiden Vizebürgermeister eine Erklärung, betreffend die Handhabung der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz, abgegeben. In dieser Erklärung wird festgestellt, daß die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz mit einzelnen Bestimmungen des Sprachengesetzes sowie der Verfassungsurkunde im Widerspruch steht, und insbesondere den verfassungsrechtlich festgestellten Grundsatze der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, welcher für ein demokratisches Staatswesen eine Selbstverständlichkeit bedeuten muß, verletzt. Dann wird erklärt, daß die Verwaltung der Gemeinde den Kampf gegen dieses Unrecht nur auf dem gesetzlichen Boden vor dem obersten Verwaltungsgericht führen kann, das Präsidium diesen Kampf ums Recht führen wird, im übrigen aber mit Rücksicht auf den zwingenden Charakter der Bestimmungen der Durchführungsverordnung diese in Anwendung bringt. Eine Anerkennung der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz sei aber damit nicht gegeben. Gegen diese Erklärung hat der tschechische Stadtrat Dr. Kubista und Genossen die Beschwerde bei der politischen Bezirksverwaltung vorgebracht und diese hat mit Erlaß vom 20. März, Jl. 21099, den Stadtrat aufgefördert, binnen acht Tagen eine beglaubigte Abschrift aus dem Protokolle über diese Sitzung der Stadtvertretung vorzulegen. Gleichzeitig sollten die Stadtvorsitzenden Dr. Schöppe und Vizebür-

germeister Genosse Bözl ihre Rechtfertigung beschließen, da, wie es in dem Erlaß heißt, „in beiden Fällen durch die absichtlichen Handlungen die Interessen der öffentlichen Verwaltung gefährdet werden“. Die Rechtfertigung des Genossen Bözl sollte deshalb erfolgen, weil er in derselben Sitzung als amtierender Vorsitzender über eine Entscheidung der Fraktion der kommunistischen Gemeindevorteiler abstimmen ließ, welche nach Ansicht der politischen Bezirksverwaltung gegen die bestehenden Gesetze verstoßt. Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung am 8. d. M. mit dem Erlaß beschäftigt und beschloffen, der politischen Bezirksverwaltung eine Protokollabschrift von der erwähnten Sitzung vorzulegen, im übrigen aber die Vorlage einer Rechtfertigung des Bürgermeisters Schöppe und des ersten Stellvertreters Gen. Bözl abzulehnen, da für den Stadtrat eine gesetzliche Begründung nicht besteht, nach welcher Mitglieder des Stadtrates oder der Stadtvertretung für ihre Erklärung oder Entscheidungen bei der Leitung der Sitzungen der Gemeindevertretung zur Verantwortung gezogen werden können. Der Stadtrat stellte es der politischen Bezirksverwaltung anheim, diese Rechtfertigung persönlich einzuholen. Daraufhin kam unterm 12. April laufenden Jahres, Zahl 24.502, eine neue Entscheidung der politischen Bezirksverwaltung, mit der die Erklärung des Präsidiums zur Sprachverordnung aufgehoben wird, weil diese Erklärung angeblich den Wirkungskreis der Gemeinde nach § 28 der Gemeindeordnung überschreitet. Die politische Bezirksverwaltung beruft sich hierbei auf die Paragraphen 102 und 103 der Gemeindeordnung. Diese Entscheidung hat vor allem keinen praktischen Wert, weil es doch selbstverständlich das gute Recht jedes Staatsbürgers, also auch eines amtierenden Bürgermeisters oder Gemeindevorstehers ist, gegen ungesetzliche Verfügungen der politischen Behörde oder Ungehelichkeiten überhaupt, den Rechtsweg zu betreten, auch ohne daß er vorher eine diesbezügliche Erklärung abgibt. Die politische Bezirksverwaltung in Aussig scheint allerdings auf dem Standpunkt zu stehen, daß man auch die gesetzmäßigen Rechtsmittel nicht in Anwendung bringen darf, wenn es von den tschechischen Nationalisten, welche sich in Aussig willkürlich zu den Vertretern der tschechischen Bevölkerung aufwerfen, so gefordert wird. Aber auch juristisch ist diese Entscheidung ein Unikum, denn die Aufhebung von Beschlüssen durch die politische Behörde kann sich natürlich nur auf solche der Gemeindevertretung, nach § 102 der G.O., oder auf Verfügungen des Stadtrates, § 103 der G.O., beschränken, niemals aber Erklärungen treffen. Mitteilungen des Vorsitzenden oder Erklärungen können nicht aufgehoben, sondern höchstens strafrechtlich verfolgt werden. Die politische Bezirksverwaltung in Aussig hat also hier ein Novum geschaffen und verdient hierfür eine besondere Anerkennung. Wie der Stadtrat durch den Herrn Dr. Kubista (!) erfahren hat, soll die politische Bezirksverwaltung die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung abgetreten haben. Ob die Staatsanwaltschaft die beiden Bürgermeister verfolgen wird, weil sie unter Protest erklärt haben, die Sprachverordnung durchzuführen, aber gegen Ungehelichkeiten den Rechtsweg zu betreten, oder aber der politischen Bezirksverwaltung klar machen wird, daß sie

Violet Mik Gibson



die Attentäterin, die auf Mussolini schoß.

Der Personenzug Teplitz-Setteng zertrümmert ein Auto.

Donnerstag abends ereignete sich auf der Strecke Teplitz-Schönan-Setteng, bei der Straßentrennung nächst Setteng, ein schwerer Unfall. Als der gegen 8 Uhr gegen Reichenberg fahrende Personenzug die Straße nächst Setteng überfuhr, stieß er, weil der Schranken nicht geschlossen war, mit dem von Teplitz kommenden Lastenauto der Brüger Brauerei zusammen. Das Auto wurde umgeworfen und fast ganz zertrümmert. Die Lokomotive des Personenzuges wurde aus dem Geleise geworfen.

Der Chauffeur wurde auf die Maschine, der Begleitmann ein Stück weiter geschleudert. Beide blieben bewußtlos liegen und waren nach dem Unglücksfälle nicht einvernehmungsfähig. Der Zug konnte selbstverständlich seine Fahrt nicht fortsetzen. Von der Station Schönan wurde eine leere Jugogarnitur zur Unfallstelle dirigiert, welche die Passagiere aufnahm und weiterbeförderte. Auch von der Station Teplitz-Schönan wurde eine leere Garnitur nach der Unfallstelle geleitet. Von den Passagieren meldete sich niemand, der eine Verletzung erlitt. Auf der Unglücksstelle fand sich alsbald eine Kommission ein, um den Fall zu untersuchen.

Abgeordneter Knirsch als Kläger. Im Sommer des vorigen Jahres brachte der „Sozialdemokrat“ unter dem Titel „Hitlers Knäpfe in französischem Sold“ eine Nachricht aus Berlin, in welcher berichtet wurde, Hitler habe gegen das „Berliner Tageblatt“ wegen der Behauptung, französisches Geld erhalten zu haben, die Ehrenbeleidigungsklage eingeleitet. Hierbei sei festgestellt worden, daß wohl nicht Hitler selber, dafür seine Partei französische Gelder erhalten habe. Wegen dieser Notiz und der daran gefügten Bemerkungen, in denen auch von den Wahlschulden der Hitlerianer kleineren Formats hierzulande, die sie bei den Deutschnationalen gemacht haben, gesprochen wurde, brachte Abgeordneter Hans Knirsch als Vorsitzender der deutschen nationalsozialistischen Partei in der tschechoslowakischen Republik, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sozialdemokrat“ Genossen Wilhelm Niehner beim Prager Landesgericht die Ehrenbeleidigungsklage ein, über welche gestern vor dem Amtegericht verhandelt wurde. Genosse Niehner erklärte, die Notiz vor der Drucklegung gelesen und zum Druck befördert zu haben, doch bestreite er die Klagelegitimation des Herrn Knirsch. Der Inhalt der geklagten Notiz entspreche den Tatsachen. Aber auch wenn die Notiz unrichtig wäre, so hätte nur Hitler, beziehungsweise die nationalsozialistische Partei in Deutschland die Klageberechtigung, keinesfalls Herr Knirsch, dessen Partei wohl ideologisch, aber nicht nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes als ein Bestandteil der reichsdeutschen nationalsozialistischen Partei angesehen werden könne. Der Verteidiger des Genossen Niehner, Dr. Theodor Bartosch, erhob die gleichen Einwände und machte geltend, daß nicht der Vorsitzende einer Partei allein, sondern nur über Beschluß der Exekutive der Partei zur Einbringung einer Klage berechtigt sei. Für den Fall, als das Gericht dennoch die Klageberechtigung Knirschs anerkennen sollte, stellte er eine Reihe von Beweisanträgen, darunter die Zeugeneinvernahme des verantwortlichen Redakteurs des „Berliner Tageblatts“ und betreffs der Wahlschulden der deutschen nationalsozialistischen Partei die Einvernahme einer Reihe früherer und jetziger Funktionäre der deutschnationalen Partei, darunter die Einvernahme Dr. Bodgmans. Das Gericht beriet über die erhobenen Einwände und beschloß, den Kläger aufzufordern, das Protokoll der betreffenden Sitzung der Exekutive der deutschen nationalsozialistischen Partei vorzulegen, in welcher von der Parteileitung der Beschluß auf Einbringung der Klage gefaßt wurde. Hierauf wurde die Verhandlung vertagt. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Schwindel und Korruption beim Seestädter Elektrizitätswerk. Der Prager Advokat Dr. Bouček macht in der „Moravia“ aufsehen-erregende Enthüllungen über die Zustände beim

Seestädter Elektrizitätswerk und beschuldigt die Bauleitung unter anderem, daß bei dem Bau einer Transformationsstation an den Biezeranten um 479.000 Kronen mehr ausbezahlt wurden, als im Projekt stand, daß dabei ein Schwindel in der Weise vorgenommen wurde, daß bei einer Post von 300.000 Kronen der Dreier ausgetragt und durch einen Fünfer ersetzt wurde. Eine Firma, die einen Kühlturm bauen sollte, hat es so eingerichtet verstanden, daß das Elektrizitätswerk den Turm in eigener Regie baute und ihr trotzdem, obwohl sie keinen Finger rührte, 700.000 Kronen ausbezahlte. Dieser Schwindel wurde bewerteltelt, indem sich die Firma ihre Lieferungsstermine eigenmächtig erstreckte, das Elektrizitätswerk von den Konventionalkontrakten keinen Gebrauch machte und inzwischen den Bau auf eigene Kosten durchführte. — Keine Woche ohne große Korruptionsaffäre! Schwindel en gros durchzieht das ganze Wirtschaftsleben und nicht nur dieses. Wo bleibt da die „starke Faust“, von der man jetzt so gerne spricht?

Töblicher Autounfall bei Brünn. Gestern nachmittags gegen 5 Uhr fuhr die Frau des Brünnener Cafetiers Hannal mit ihrem Chauffeur im eigenen Auto in der Richtung von Brünn nach Gurein. Frau Hannal wollte heute die Chauffeurprüfung ablegen und lenkte daher den Wagen selbst. Dabei fuhr sie in rasendem Tempo in einen eben vorbeifahrenden Personenzug der Tschowitz-Brünnner Strecke hinein. Das Auto wurde bei dem Anprall vollkommen zertrümmert; Frau Hannal konnte nurmehr als Leiche geborgen werden, während der Chauffeur namens Dosek in schwerverletztem Zustand vom roten Kreuz in die Landeskrankenanstalt überführt wurde.

Ein schöner sozialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz. Eben fanden im Thurgau die Nationalwahlen statt. Der Rat zählt 140 Mitglieder, vier mehr als in der letzten Amtsperiode. Davon entfallen 76 auf die Freisinnigen und Bauern, die überall gemeinsame Listen aufgestellt hatten, gegenüber 79 vor drei Jahren. Die katholisch-konservative Fraktion bleibt mit 26 Sitzen und die Demokraten mit 13 Sitzen unverändert, während die sozialdemokratische Fraktion von 18 auf 25 gewachsen ist, also die vier neuen Mandate erobert und den Freisinnigen und Bauern drei weitere Mandate abgenommen hat.

Abgeordnete als Hochverräter. In der gestrigen Sitzung des preussischen Preuss.-Untersuchungsausschusses erstattete ein Regierungsvertreter Bericht über die Vorgeschichte des Rüstinger Putzsches im Herbst 1923. An den Vorbereitungen, die im Berliner Organisationsbündel der völkischen Partei stattgefunden haben, war Major Buchdrucker, der Landtagsabgeordnete Jahnke und der Reichstagsabgeordnete von Gräfe beteiligt. Ihr Vorgesetzter, sofort losgeschlagen, sei im Dezember von Ludendorff und Ritter abgeholt worden. Buchdrucker hat daraufhin später allein losgeschlagen; als Vorwand diente ihm die Entlassung der Schwarzen Reichswehr, die unter seiner Leitung stand.

Ku-Klux-Klan-Faschismus. Aus Chicago kommen folgende Meldungen: In den Staaten finden jetzt die Urwahlen für die Verwaltungen statt, aus denen dann die Präsidentschaftswahl hervorgeht. Dabei tritt die amerikanische Spielart des Faschismus, die Ku-Klux-Klaner, brutal und frech, mit Gewalt und Blutvergießen auf. In Chicago gab es schwere Kämpfe. Organisierte Bänder errichteten in verschiedenen Teilen der Stadt eine wahre Schreckensherrschaft. Sie erschienen mit Autos vor den Wahllokalen und hielten die Menge und die Wahlbeamten mit Gewehren und Revolvern in Schach, raubten die Wahlurnen und eröffneten, wenn Widerstand erfolgte Schnellfeuer. Viele Personen wurden verwundet und Wahlbeamte zum Teil entführt. Auch aus Orten des Mittelwestens werden Kämpfe gemeldet. Ueber Herrin in Illinois wurde der Belagerungszustand verhängt. Sechs Tote, unter denen sich drei Polizeibeamte befinden, und viele Verwundete waren zu beklagen. Der Kampf brach nachmittags aus, weil sich die Bevölkerung gegen die Terrorakte der Ku-Klux-Klan-Leute auflehnte. Diese mußten sich zurückziehen, verbarrikadierten sich aber bald darauf in einer großen Autogarage, wo sie über verschiedene Maschinenengewehre und viele Feuerwaffen verfügten. Es begann nun ein wildes Feuer auf die Menge, die zunächst die Flucht ergriff. Zur Gegenaktion muß Hilfe aus der Umgebung geholt werden. Die Kämpfe sind noch nicht erloschen.

Eine ungewöhnliche Verbrechergeschichte. In den letzten Tagen kam die Frau eines Försters in der Nähe von Tachau nieder. Sie wurde von einer dortigen Hebamme betreut. Eines Abends, als die Hebamme zum Aufbruch rüstete, hat sie den Förster um seine Begleitung, da sie sich fürchte, allein durch den Wald zu gehen. Der Förster begleitete sie. Kaum waren die beiden fortgegangen, drang in das Gemach der Wöchnerin ein maskierter Mann mit einem Gewehr in der Hand, stürzte sich auf die wehrlose Frau und zwang sie unter Todesdrohungen, ihm zu zeigen, wo das Geld aufbewahrt sei. Die Wöchnerin war geistesgegenwärtig genug, ihm zu sagen, daß das Geld auf dem Boden verstreut sei. Der Räuber legte hierauf das Gewehr auf den Tisch und ging auf den Boden. Die Wöchnerin schleckte sich trotz ihrer Schwäche bis zu dem Gewehr, ergriff es und gab gegen den Räuber, als er wieder vom Boden zurückkehrte einen Schuß ab. Der Räuber stürzte zu Boden und war in wenigen Augenblicken tot. Als die Wöchnerin ihm die Maske vom Gesicht löste, entdeckte sie in dem toten Räuber den Mann der Geburtshelferin. Mit dem Vorfalle beschäftigt sich jetzt die **Gendarmarie**

Mussolini-Kummel in Bozen. Ein Wiener Genosse, der sich auf der Durchreise in Bozen aufhalten mußte, schreibt der „N.Z.“: Auch Bozen hatte seinen Mussolini-Kummel. Die Stadt ist beslaggt. Alle Geschäftsleute wurden angewiesen am Freitag zwischen 11 und halb 12 Uhr ihre Lokale zu sperren. Im Dom wurde ein Dankgottesdienst zelebriert, zu dem die Schulkinder mit Fackelzügen unter Führung der Lehrer geführt wurden. Am Tor des Bozener Domes prangt in italienischer Schrift eine Tafel: „Gott erhalte Mussolini Italien!“ In den Straßen wurden folgende Plakate in deutscher und italienischer Schrift angebracht:

Zum zweitenmal in fünf Monaten wurde ein Attentat auf das Leben S. E. Mussolinis verübt, in der Hoffnung Italien zu ruinieren. Zum zweitenmal macht ihn der Herrgott, der den Duce für unser Land geschaffen hat, unverwundbar wie die Götter. Umgeben wird den großen Führer, der Italien leitet, mit unserem Glauben und unserer Begeisterung. Machen wir ihn für die Zukunft unberührbar.

Alle Glocken wurden geläutet. Nach dem Gottesdienst zogen die Faschisten mit Musik durch die Stadt. Wer von den Passanten beim Vorbeiziehen der Musik nicht den Hut zog, dem wurde er vom Kopfe geschlagen. . . . So wird Bozen italienisch gemacht. Hervorgehoben soll noch werden, wie der „Volksbote“, ein deutsches Heraldees Blatt, in geradezu ekelregender Weise dem Faschismus huldigt und das Herrscher- und Führertalent Mussolinis in den begeistertsten Worten in den Himmel hebt. Diese Zeitung erscheint im Vogelweideverlag, der früheren Throlia, und schreibt unter anderem:

Mussolini ist die bedeutungsvollste geschichtliche Erscheinung. Er hat mit der Demokratie abgerechnet. Er hat Italien aus der Form des demokratischen Verfassungsstaates hindübergeführt in eine andre, straff organisierte Staatsform, die es ermöglicht, die ganze Volkskraft zusammenzufassen, und die Nation neuen großen Zielen entgegenzuführen. Er hat den Versuch zu der Versöhnung von Kapital und Arbeit unternommen.

Man zwingt deutsche Kinder in italienische Schulen und führt sie unter Fackelzügen in die Kirche — das nennt man „die ganze Volkskraft zusammenfassen“; man prügelt Arbeiter blutig und brandschatzt ihre Dörfer — das ist „der große Versuch zu der Versöhnung von Kapital und Arbeit“. Besonders passend ist im Zeitalter des Matteotti-Mordes der Schlußsatz des angezogenen Artikels: „Niemand kann es eines Christen würdig sein, den politischen Gegner durch Mord beseitigen zu wollen“. . . . So huldigen die Südtiroler deutschen Merkmalen ihrem Mussolini.

Gegen die Unterdrückung der italienischen Gewerkschaften. In der Donnerstag-Sitzung des österreichischen Nationalrates wendete sich bei der Verhandlung des auf der Genfer Arbeitskonferenz im Jahre 1923 gemachten Vorschlages zur Gewerbeinbettung der Genosse Smilka im Namen der österreichischen Gewerkschaften gegen die Unterdrückung der italienischen Gewerkschaften. Gemäß den jüngsten Beschlüssen der Züricher Konferenz der Arbeiterinternationalen verlangte er von der Regierung, daß sie bei den Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamtes den Standpunkt einnehme, es seien als Gewerkschaftsvertreter bei diesem Amte nur solche Personen anzusehen, die frei und unabhängig von den freien Gewerkschaften selbst als Delegierte entsendet wurden, was man, wie die Verhältnisse heute liegen, von den italienischen Gewerkschaften nicht behaupten kann.

Aus Not: vier Kinder und sich getötet. In der Berliner Hauptstraße hat sich Donnerstag eine erschütternde Familientragödie abgepielt: Die 46-jährige Frau Elise Engel, und ihre vier Kinder wurden in ihrer im Gartenhaus gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Frau Engel hatte sich und die Kinder, den zwölfjährigen Hermann und die elfjährige Elith, mit Gas vergiftet. Nahrungsorgen sollen das Motiv zur Tat gewesen sein; der Ehemann Engel liegt seit längerer Zeit im Krankenhaus.

Amundsens Polarflugschiff in Leningrad. Das Donnerstag vormittags erwartete Flugschiff „Norge“, mit dem Amundsen seine nächste Polar-Expedition durchführen will, lange erst um 20 Uhr 30 Minuten auf dem Fluge von England, in der Dunkelheit in Leningrad an. Schon in früher Morgenstunden warteten auf dem Flugplatz von Troitz Vertreter von Behörden, ausländische Konsuln, das Präsidium der Akademie der Wissenschaften, Vertreter verschiedener öffentlicher Organisationen und hunderte von Bauern aus der Umgebung auf das Eintreffen der „Norge“. Die vergeblichen Versuche, eine direkte Flugverbindungsmit dem Flugschiffe herzustellen, sowie die ungünstigen meteorologischen Verhältnisse steigerten die Beforgnisse. Ein Flugzeuggeschwader flog mehrere Male zur Sichtung auf. Die Verpöpfung des Eintreffens der „Norge“ wurde von der Expedition folgenlos aufgegeben. Infolge des dichten Nebels glaubte der Kapitän, über Finnland zu fliegen und steuerte südwärts, um den finnischen Meerbusen zu erreichen. Hierbei stieß er eine Eisenbahnstation, welche sich als das Städtchen Val an der estnisch-lettischen Grenze herausstellte. Längs der Eisenbahnlinie wurde Troitz (Gatschina) erreicht.

Jedes Gramm ein Goldstück. Wie unter den Menschen, werden auch unter den Hunden die völlig nutzlosen Zugtiere am höchsten geschätzt. Auf der letzten Londoner Hundschau errang nicht etwa der intelligenteste oder der treueste Hund den ersten Preis, sondern ein winziges, schwarz-weißes „Schmet-

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Sonntag.

Prag: 9.30 Landwirtschaftsfunf, 10.30 Populäres Orchesterkonzert, 18 Deutsche Sendung, Frau Marie Kovál: Lustige Lieder, 20 Konzert, 22 Zeitfunf und Nachrichten. — Brünn: 10.30 Feierliche Eröffnung der neuen Brünner Station, 19 Orchesterkonzert, 20 Proben aus Herbes „Ramselle Ritoude“, 21 Schauspiel: Monogramm. — London: 16.30, 22.15 Konzerte. — Paris: 13.45 Konzert. — Berlin: 9 Morgenfeier, 11.30 Flagkonzert, 16.30 Violine und Violoncello, Pasticaglia, 17 Zur Unterhaltung, 20 Sende-Spiele „Boracacio“, 22.30 Tanzmusf. — Stuttgart: 19.45 Quater Abend. — Leipzig: 16 Zwei Einakter von Strindberg. — Breslau: 12 Lesefunde, 18 Das „junge Deutschland“ um 1840, 19 Wunderliche Geschichten und Abenteuer aus Schlesien. — Frankfurt: 17 Konzert des Hausorchesters: Franz v. Suppe, 20.30 Weiterer Vortragabend, 21.30 „Lottcheus Geburtstags“. — Wien: 11 Orchesterkonzert, 18.10 Volksliederabend, 20 „Reberfahrt“, Schauspiel. — Zürich: 11, 15, 16, 20.15 Konzerte.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 366, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 483, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515

terlingshündchen“. Der Wert dieses Tierchens wird mit mindestens zehntausend Mark angegeben. Da es nur wenig über ein Kilogramm wiegt, ist jedes Kilogramm des kostbaren Hundes ein Zehnmarsstück wert. Die siebenhundert Hunde, die auf der Hundschau zu sehen waren, werden auf eine Million Mark geschätzt.

Ein Jüngling, der eine lange Seereise antreten muß, bringt seiner Frau zum Abschied einen Strauß herrlicher roter, gelber und weißer Rosen. „Liebes Herz“, sagt er, „kennst du auch die Bedeutung dieser Rosen — die rote ist die Liebe, die gelbe die Eifersucht und die weiße die Unschuld.“ — Nach langer Abwesenheit kommt der Jüngling von der Reise zurück, er bringt ihr wieder einen gleichen Strauß und fragt: „Kennst du auch noch die Bedeutung dieser Rosen?“ Sie beknnt sich: — „Die rote ist die Liebe, (jögernd) die gelbe ist die Eifersucht, die weiße, die weiße — ach, man kann doch nicht alles behalten!“

Der „Familienverein Wettin“ hat eine größere Versteigerung von chinesischem Porzellan in der Kunsthalle Paul Costjers in Berlin angekündigt. Die Wettiner haben es also sehr eilig, die wertvollsten Stücke der sächsischen Kunstsammlungen zu verflopfen. Als vor drei Jahren in der Zeit der größten Inflation eine sozialistische Staatsregierung die Sammlungen hypothekarisch belasten wollte, um Geld für Brot und den dringendsten Lebensbedarf heranzuschaffen, da gerieten die sächsischen Königmacher in Zorn. Jetzt aber, wo das „vormalige Königshaus“ seine Porzellane verflübert, schweigen sie wie das Grab.

Seltene Funde in der Nähe von Moskau. In dem Villenort Ruzowo bei Moskau sind Mammutzähne und zwei Versteinerungen von seltener Form gefunden worden. Die Untersuchung dieser Steine durch Prof. Batslow hat ergeben, daß es sich um versteinerte Menschenhirne handelt. Die Gehirne sind so gut erhalten, daß man nicht nur die Furchen des Großhirns, sondern auch die des Kleinhirns erkennen kann. Da die versteinerten Gehirne mit Mammutzähnen zusammen gefunden wurden, so nimmt man an, daß das Gehirn von Menschen aus sehr früher Zeit stammt. Es ist dies der erste Fund eines versteinerten Gehirns.

Die nördlichste landwirtschaftliche Versuchstation der Welt. Auf der Halbinsel Kola, die der am wenigst besiedelte Teil der europäischen Sowjetunion ist (auf 10 Quadratkilometer kommt ein Bewohner), ist in der Station Chibin in Gemeinschaft mit der Murmanskfer Eisenbahn von dem Institut für angewandte Botanik eine landwirtschaftliche Versuchstation errichtet worden. Die Station beschäftigt sich hauptsächlich mit der Anpflanzung und Kultivierung von Gemüse- und Feldfrüchten. In den drei Jahren ihres Bestehens sind 600 verschiedene Sorten erprobt worden. Die Versuche haben günstige Ergebnisse mit Kraut, Kohl, Erbsen, Kohlrüben, Rüben, Kartoffeln u. a. ergeben.

Sprechende Intelligenz. Ein deutscher General hat kürzlich — aus Versehen — seinen Namen unter das Volksbegehren gesetzt, glücklicherweise lediglich in — Hinterpommern. So berichtet ein in Stolp erscheinendes Weltblatt: „Mit Erstaunen hat man erfahren, daß Generalmajor a. D. Falbe seinen ehrenvollen Namen in die Liste für das Volksbegehren eingetragen hat. Wir werden von ihm gebeten, mitzuteilen, daß er glaubt hat, seine Unterschrift für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts zu geben.“ Das Porträt dieses hinterpommerschen Generals, der die „Trodensegung“ mit der „Fürstenabfindung“ verwechselt, fehlt allerdings bis jetzt in der politischen Gemäldegalerie der Republik!

Jugend-Strandkolonien in Grabo. Die vereinigten Körperschaften: Deutsche Bezirkskommission für Rinderschutz und Jugendfürsorge, der Verein für deutsche Ferienkolonien, der Prager Volksbildungsverein „Urania“ und das deutsche Rinderspital ermöglichen den Kindern einen Aufenthalt in Grabo. Gewissenhafte deutsche Aufsicht, vollkommen gemeinnützig, herrliche Bäder, sehr gute Verpflegung. Beginn: 1. Mai. 3. vierwöchiger Aufenthalt für sechs- bis zehnjährige Kinder: 950 Kč, für elf- bis fünfzehnjährige Kinder: 1050 Kč. — Näheres in den Prospekten: Jugend-Strandkolonie, Prag, II., Graben 26/II. (Deutsches Haus). Sprechstunden von halb 6 bis halb 7 Uhr, Zimmer Nr. 14.

Das älteste Schiff der Welt. Die dänische Schifffahrt kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, in ihren Schiffsregistern das älteste Schiff der Welt zu führen, das noch heute im Dienst steht. Es ist die im Jahre 1788 erbaute Galeasse „Jda“, die ursprünglich unter dem Namen „Die zwei Gebrüder“ in den Häfen der Nordsee und Ostsee wohl bekannt war. Das aus bestem Eichenholz gebaute Segelschiff hat noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts lange und schwierige Reisen nach Grönland, Island und selbst bis ins Mittelmeer und Schwarze Meer gemacht. Im Jahre 1873 hat es die letzte gründliche Reparatur erfahren und seitdem auch nach der Umlaufen aller Stürme widerstanden, obgleich die Nordsee bekanntlich nicht gerade sanft mit den Segelschiffen umzuspringen pflegt. Noch mehr als ihren Besitzern hat die „Jda“ den Schiffsversicherungsgeellschaften Freude bereitet, denn sie hat in ihrem hundertjährigen Dienst keine einzige Havarie von Belang zu verzeichnen gehabt.

Wetterüberblick vom 16. April. Die Wetterverhältnisse haben sich während des gestrigen Tages in der ganzen Republik nicht wesentlich geändert. Die stärkere Temperatursteigerung während der Tagesstunden hat sich wiederholt, die Nachmittagsmaxima waren höher als am Vortage, denn sie erreichten, bzw. überstiegen in den Niederungen 20 Grad Celsius. Preßburg hatte 23 Grad. Auch die Frühtemperatur war Freitag bereits um 2 Grad höher als gestern früh. Unter 0 Grad kühlte es sich nur in den Bergstellen ab, Eger meldet - 1 Grad Celsius. Der Himmel hat sich mit leichten Wolken zu verschleiern begonnen. - Wahrscheinliches Wetter von Samstag: Wechselnd bewölkt, in den Tagesstunden kühlere, mäßiger Westwind.

Volkswirtschaft.

Gewerkschaftliche Balkan-Konferenz.

Der für den 9. und 10. April vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Sofia anberaumten Balkan-Konferenz gingen am 6. und 7. April erfolgreiche Vorbesprechungen in Belgard zwischen den Vertretern des F. G. B. (Martens, Vizepräsident und Sassenbach, Sekretär) und verschiedenen Leitern der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung, sowie Vertretern internationaler Berufssekretariate (Simon, Leberarbeiter; Wilhelm, Lebensmittelarbeiter, und Smit, Handels- und Büroangestellte) mit den ihnen angeschlossenen jugoslawischen Verbänden voraus. Bei dieser Gelegenheit wurden seitens der Vertreter des F. G. B. die letzten Vorbereitungen für die Konferenz getroffen, während die Delegierten der Berufssekretariate Fragen betreffend den engeren Zusammenhalt der Berufsorganisationen in Jugoslawien besprochen, wo es in den verschiedenen Berufen noch verschiedene Verbände gibt, die wohl auf dem Standpunkt des F. G. B. stehen und der jugoslawischen Landeszentrale angeschlossen sind, hingegen trotzdem noch ein gewisses Dasein führen. Ohne Zweifel werden diese Besprechungen dazu beitragen, den Zusammenhalt, der in anderen Berufen bereits durchgeführt ist und in einzelnen Berufen bis jetzt aus lokalen Gründen noch nicht eintrat, zu fördern. Dem gleichen Zweck dienen Versammlungen Sassenbachs in Sabotica und Rovisad (1. und 2. April). In Sabotica verhandelten die Unabhängigen (Kommunisten), die gutbesuchte Versammlung unmöglich zu machen, was ihnen jedoch nicht gelang.

Am 7. April traf die Delegation in Sofia ein. Schon an der Grenze wurden die Vertreter des F. G. B. von leitenden Führern der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung, die der Delegation entgegengefahren waren, begrüßt. In Sofia wurden die ausländischen Gäste am Bahnhof von einer großen Menge von Arbeitern mit Fahnen und Blumen empfangen. Nach verschiedenen Begrüßungsbreden von der Plattform aus, bildete sich

Das Los der deutschen Hochschulen.

16 unbefehlte Lehrkanzeln an der deutschen Technik. - Rückwärtsloser Angestelltenabbau.

Die deutschen Hochschulen in Prag haben in den letzten Jahren viel von ihrem Ruf und vielleicht noch mehr von ihrem Wert eingebüßt. Das ist nicht allein auf die Abwanderung der staatlichen Verhältnisse zurückzuführen. Hochschulen haben ihre Blüte- und Verfallsperioden, sie können oft mit dem größten Kraftaufwand nicht vor dem Verfall in die Mittelmächigkeit gerettet werden. Der Abstieg der Prager Hochschulen aber hat zum weitesten größten Teil doch seine Ursache in dem Unverständnis, wenn nicht in der systematischen Mißachtung, die von der Unterrichtsverwaltung den deutschen Hochschulen entgegengebracht werden. An den deutschen Universitäten besteht durchwegs das System der Berufungen. Die Lehrkörper schlagen die zu berufenden Professoren vor, das Ministerium wählt einen der Vorgesetzten und tritt mit ihm in Verhandlungen ein. Um einen Lehrer für die Anstalt zu gewinnen, bringen der Staat oder das Land oft sehr große finanzielle Opfer. Man bezahlt die Hochschullehrer eben nicht nach dem Beamtenschema, sondern bewilligt ihnen besondere Zulagen. Nun ist sicher das „Ausmieten“ der Wissenschaftler, das Unter- und Überbieten einzelner Hochschulen keine erfreuliche Erscheinung. Auch der häufige Wechsel des Dienstortes kann nicht im Interesse der Wissenschaft sein, die dort am besten gedeiht, wo wirklich eine „Schule“ entstehen, eine Disziplin durch zwei oder drei Generationen besonders gepflegt werden kann. Aber es wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft kaum zu ändern sein, daß auch die

Wirtschaftsstribe in Sowjetrußland.

Die Arbeitslosigkeit steigt, der Tschernoweg fällt.

In der letzten Zeit haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands erheblich verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit ist im Steigen begriffen, der Wert der russischen Währungsmittel, des Tschernoweg, fällt ständig. Worin liegen die Ursachen dieser Erscheinung?

Der Wirtschaftsverkehr Rußlands mit dem Ausland wird durch das russische Außenhandelsamt geregelt. Jahr für Jahr wird ein Wirtschaftsplán aufgestellt, in welchem die Höhe der Einfuhr und die Höhe der Ausfuhr ebenfalls veranschlagt werden, wie die Ein- und Ausgaben im Staatsbudget. Dabei wird die Höhe der Einfuhr so festgesetzt, daß die Handelsbilanz aktiv bleibt, daß also Rußland mit seinen Ausfuhrartikeln, Getreide, Flach, Erdöl usw., die Einfuhr von Industriewaren bezahlt. Nun waren die Getreideablieferungen im Vorjahre viel geringer, als nach dem Wirtschaftsplán angenommen wurde, und der Oberste Wirtschaftsrat war daher bereits zweimal gezwungen, die Einfuhr zu droffeln, beziehungsweise die ursprüngliche Höhe der Einfuhr herabzusetzen. Trotzdem ist die Außenhandelsbilanz noch immer passiv und dieses Passivum muß durch Abgabe von Devisen ausgeglichen werden. Die Folge der geringeren Deckung der russischen Wäh-

ein großer Zug, der seinen Weg durch die Stadt nahm. Eine von Anhängern der Unabhängigen (Kommunisten) am Ausgang des Bahnhofes veranstaltete rohe Gegendemonstration verlief wirkungslos. Die „Vorläufer“ der Einheitsfront, die heute ihren Kameraden der Amsterdamer Richtung zur Seite gehen und morgen Brüderschaft mit ihnen schließen wollten, wurden von den „Ordnern“ der freien Gewerkschaften zurückgehalten.

Die Konferenz von Sofia vom 9. und 10. April, der außer den obengenannten Vertretern des F. G. B. und der Berufssekretariate der Lederarbeiter, der Handels- und Büroangestellten und der Lebensmittelarbeiter auch fünf als Vertreter der Transportarbeiter, Internationale sowie Vertreter der Gewerkschaftsbewegungen Bulgariens, Jugoslawiens, Rumaniens, Ungarns, Griechenlands und der Tschechoslowakei beizwohnten, und die vor allem den Zweck hat, die Gewerkschaften des Balkans zu stärken und zwischen den einzelnen Ländern enge Bande zu schaffen, nahm telegraphischen Meldungen zufolge einen äußerst erfolgreichen Verlauf. Alle auf der Konferenz besprochenen und gefassten Beschlüsse, denen die Delegation des F. G. B. zustimmte, wurden einstimmig angenommen und besagen unter anderem, daß Einigungsversuche auf Grundlage der Beschlüsse und der Statistik der Amsterdamer Internationale als erwünscht betrachtet werden.

Sowohl der Konferenz in Sofia, als auch den in verschiedenen Städten veranstalteten Versammlungen wurde in Arbeiterkreisen und von der Öffentlichkeit und speziell der Presse das größte Interesse entgegengebracht, so daß das Hauptziel erreicht ist: Ueberall auf dem Balkan wird man sich in Zukunft unter den Arbeitern und in der Öffentlichkeit mehr als je betonen, daß die von der Internationale untertütigte Gewerkschaftsbewegung den Willen zu sachlicher Wirksamkeit hat und ein Faktor ist, mit dem die Regierungen und die Unternehmer zu rechnen haben und bei fortschreitender Vereinheitlichung und zweckmäßigem Ausbau der bestehenden Organisationen in zunehmendem Maße zu rechnen haben werden.

Neues aus der Organisation der Bergarbeiter.

Auf Grund der Beschlüsse des Vorstandes der Union der Bergarbeiter sowie der Revier- und Bezirkskonferenzen wird nunmehr der Ausbau der

Organisation und der Erschütterung der Wirtschaft überhaupt, des Ueberhandnehmens von Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Wie aus dem Organ der russischen Gewerkschaften „Trud“ vom 6. und 7. April hervorgeht, ist die Arbeitslosigkeit in Leningrad ständig im Steigen begriffen. Vor acht Monaten betrug die Anzahl der Arbeitslosen 54.000, am 1. März jedoch 82.000 und am 1. April 95.700. Gegenwärtig dürfte die Anzahl der Arbeitslosen in Leningrad allein 100.000 übersteigen. Für die russische Arbeiterschaft ist diese Situation auch deswegen unangenehm, weil in nächster Zeit die Verhandlungen über den Abschluß neuer Kollektivverträge beginnen. Vor kurzer Zeit haben Rkow in Leningrad und Kalin in Brjansk vor den Arbeitern Reden gehalten, in denen sie darauf vorbereiteten, daß bei den neuen Abschlüssen der Kollektivverträge die Löhne nicht in demselben Verhältnis steigen werden, wie die Kaufkraft des Tschernoweg fällt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Wirtschaftsstribe auch von politischen Folgen begleitet sein wird, insofern, als eine Abänderung der staatlichen Wirtschaftspolitik eintreten kann.

Schachtorganisation in Angriff genommen. Die Schachtorganisation ist eigentlich nichts Neues. In den Jahren 1919 bis 1922 waren 95 Prozent aller Bergarbeiter organisiert, unorganisierte wurden im Betriebe nicht gebildet. Erst die Spaltungsarbeit der Kommunisten hat in die Organisationen der Bergarbeiter ein Chaos gebracht. Es gibt heute zwölf derartige Organisationen. Um nun die alte Schachtorganisation wenigstens teilweise herzustellen, haben die Vertrauensmänner der Union beschlossen, ihre eigene Schachtorganisation aufzurichten, die nur für Unionsmitglieder und für die von ihnen gewählten Betriebsräte zu gelten hat. Die neue Organisationsform ist ein Hilfsmittel zur Schaffung einer engen Verbindung zwischen den Unionsmitgliedern und den von ihnen gewählten Betriebsratsmitgliedern, die in der Ortsgruppe nur in wenigen Ausnahmefällen möglich ist. Eine Ortsgruppe, deren Mitglieder auf verschiedenen Schächten beschäftigt sind, kann nicht über die Verhältnisse eines einzelnen Schachtes beraten und beschließen. Das können nur die Unionsmitglieder jedes einzelnen Schachtes selbst, die von Zeit zu Zeit zusammenkommen müssen und mit ihren eigenen Betriebsratsmitgliedern über die Sachlage und die verschiedenen Vorkommnisse beraten und gemeinsam das Vorgehen, das für die Unionsmitglieder bindend sein muß, beschließen. Der Zusammenschluß der Unionsmitglieder auf jedem Schacht wird die beste Abwehr der kommunistischen Zellen sein und wird dazu dienen das Organisationsleben und den organisatorischen Zusammenhang der Unionsmitglieder auf einem Schachte zu festigen.

Die Konzentration der amerikanischen Elektrizitätsindustrie. Es kann nicht überraschen, daß in dem riesigen Konzentrationsprozeß, der gerade jetzt in den Vereinigten Staaten vor sich geht, die Konzentration innerhalb der Elektrizitätsindustrie neben der der Eisenbahnen, der Textilindustrie, Motorenindustrie und der Viehzucht eine rasche Entwicklung nimmt. Ist doch die Zusammenfassung der Strombelieferung durch Großkraftwerke, welche den Strom über große Gebiete verteilen, besonders vorteilhaft. In der amerikanischen Elektrizitätsindustrie sind nicht weniger als acht Milliarden Dollar (250 Milliarden Kč) Kapital angelegt. Die Zusammenschlüsse, welche im Jahre 1925 stattfanden, beziehen sich auf ein Kapital von zwei Milliarden Dollar. Die Konzentration erstreckte sich in diesem Jahre auf 560 Elektrizitätsunternehmen, von denen 153 andere 407 ausgefogen haben. Dank

dieser Zusammenschlüsse ist in diesen Jahren ein neuer Konzern mit einem Kapital von über 200 Millionen Dollar entstanden, drei Konzerne mit je über 125 Millionen, 21 Konzerne mit je über 25 Millionen. Die Elektrizitätsindustrie ist in den Vereinigten Staaten privatkapitalistisch organisiert, und das Kapital macht Anstrengungen, die staatlichen Eingriffe möglichst fernzuhalten. Diese Bestrebungen haben durch ein im März d. J. vom Kongreß angenommenes Gesetz neuerdings einen bedeutenden Erfolg erzielt. In diesem Gesetz wurde nämlich beschlossen, die riesigen Energiequellen der Muscels-Shoal-Wasserquellen entgegen den früheren Beschlüssen durch das Privatkapital ausbeuten zu lassen. Demnachst sollen diese im staatlichen Besitz befindlichen Wasserkräfte versteigert werden, und man rechnet damit, daß Henry Ford, der mit Hilfe dieser Kraftquellen neben elektrischem Strom auch billige Düngemittel herzustellen beabsichtigt, sie erwerben wird.

Das amerikanische Kapital gegen Mexiko.

Nach schwierigen Verhandlungen wurde Mexiko endlich im vorigen Jahre durch die Vereinigten Staaten anerkannt, nachdem es gezwungen wurde, weitgehende Zugeständnisse an das amerikanische Kapital zu machen. Dieses ist aber nicht zufrieden und drängt in seinen Organen auf eine neue Intervention der Vereinigten Staaten gegen Mexiko. Da die gegenwärtige Regierung die Sachwalterin des Großkapitals ist, besteht für Mexiko die größte Gefahr eines Eingriffs seitens der Vereinigten Staaten. Die Beschwerden richten sich vor allem gegen die Delpolitik Mexikos. Die mexikanische Verfassung von 1917 hat das alte und erst im Jahre 1884 aufgehobene Eigentumsrecht des Staates auf Mineralgänge wiederhergestellt. Der neuen Verfassung zufolge erwirbt der Besitzer des Bodens nicht zugleich das Recht auf die Mineralien, die unter dem Boden liegen, sondern diese bleiben dem Staate als Eigentum vorbehalten. Den amerikanischen Kapitalisten mußte nun das Zugeständnis gemacht werden, daß die Eigentümer von Boden, welche bereits vor 1917 nach Delpolitik Mineralgänge gesucht haben, diese Tätigkeit fortsetzen und die zutage geförderten Vorkommen als ihr Eigentum behalten dürfen. Dieses Zugeständnis genügt aber dem amerikanischen Kapital noch nicht; und es fordert, daß man jene Eigentumsrechte an Delquellen, die in der Zukunft gefunden werden, ohne jede Einschränkung anerkennt. Des weiteren hat ein mexikanisches Staatsgesetz das Recht zur Erwerbung von Grundstücken durch Ausländer davon abhängig gemacht, daß letztere auf die diplomatische Intervention seitens ihrer Staaten freiwillig verzichten müssen und sich vielmehr den mexikanischen Gesetzen unterstellen. Auch dieser Punkt erweckt großes Argernis bei dem amerikanischen Kapital. Vor allem arbeitet aber die katholische Kirche für eine Intervention gegen Mexiko, das eine Anzahl ausländischer Geistlicher aus dem Lande verwiesen hat. Diese Ausweisungen erfolgten wegen des außerordentlich großen Einflusses, den die ausländischen katholischen Geistlichen zum Schaden wichtiger Interessen des Staates ausgeübt haben.

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 16. April.)

Die Börse wurde heute schwach besucht und das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen. Trotzdem war die feste Tendenz, insbesondere am Getreidemarkte, unverkennbar und die besten Preise von Dienstag behaupteten sich. Der Preisdurchschnitt am Getreidemarkte bleibt bei einer größeren Spannung derselbe. Desgleichen sind auf den übrigen Märkten keine Preisveränderungen zu verzeichnen und die dienstägigen Preise bleiben nominell in Geltung. - Es notierten: Böh. Weizen, Prag 200-215, böhm. Roggen, Prag 128 bis 130, Weizenhafer, Prag 145-149, Hafer, Leucht, Prag, 135-137, Weizenmehl 055 3.60-3.65, Weizenbrotmehl Nr. 4 2-2.10, Roggenmehl 0/1 2.40-2.45, amerik. Patentmehl, Teilschen 3.55-3.65, Weizenroggen 3.70-3.80, Mais, jugoslaw. Preßburg 103, Mais, rumänischer, kleinfrüchtiger, Oderberg 122, Cinquintina, Oderberg 126, La Plata, Teilschen 138, Mohn, böhm., blau 10.50-10.80, amerik. Fett, Teilschen 13.40-13.60, magarischer, Szob 14-14.20.

Wissenschaftler nach dem klingenden Lohn fragen. Solange die Wissenschaft dem Erwerbe dient und ihre Träger doch Lohnarbeiter sind, werden sie ebenso nach höherem Einkommen streben, wie etwa Ärzte und Advokaten. In Deutschland und auch im alten Oesterreich hatte sich ein gewisses System der Reihenfolge der Universitäten gebildet. Es hatte sich aus dem Berufungssystem ergeben, daß die reichsten Hochschulen die besten Institute und die bedeutendsten Lehrer hatten und daß ein Wissenschaftler an einer kleinen Hochschule anfing, dann an eine mittlere kam und es nur in besonderen Fällen zum Lehrer an einer der hauptstädtischen Schulen brachte. Natürlich gab es Ausnahmen und manche kleinere Universität wurde zur führenden Schule auf einem bestimmten Gebiet, so Jena unter Goethe auf naturwissenschaftlichem.

Die tschechischen Hochschulen anerkennen das System der Berufungen nur in geringem Maße. Das erwächst notwendig daraus, daß es nur wenige tschechische Hochschulen gibt. Man wird einem Professor in Preßburg nicht besondere Bedingungen bieten müssen, damit er nach Prag geht und von Prag wird er nach Preßburg nur gehen, wenn er dabei vom Dozenten zum Professor vorrückt. Die Tschechen übertragen aber dieses System auch auf die deutschen Hochschulen und graben ihnen damit das Grab. Ein Professor, der aus Oesterreich oder Deutschland nach Prag oder Brünn berufen wird, tauscht eine Reihe unangenehmer Begleiterscheinungen seiner neuen Staatsbürgerschaft ein. Er wird Angehöriger einer politisch rechtlosen Minderheit, wird selbst militärpflichtig oder muß doch für seine Söhne fürchten, verringert für seine Kinder die Existenzmöglichkeit in einem Staate, in dem der Deutsche ein minderes Recht zum Leben hat. Aber er muß zu all dem noch auf einen großen

Teil seiner Bezüge verzichten, da er in der Tschechoslowakei mit den Bezügen eines Staatsbeamten der bestimmten Rangklasse einloht wird, die weit unter den Gehältern und Sonderbezügen ausländischer Hochschullehrer stehen. Bewegen sich die Einkünfte eines Hochschullehrers in Deutschland zwischen 500 und 1200 Mark (4000 und 10.000 Kronen) monatlich, so kann er nach dem bisherigen Gesetz in der Tschechoslowakei nie höher als auf 3500 Kronen kommen.

Die jüngeren Kräfte der deutschen Hochschulen in Prag und Brünn werden nach und nach ins Ausland berufen, die älteren verlassen ihre Lehrkanzeln, die Hochschulen veröden und es dauert Jahre, ehe Erfas geschaffen wird, wenn sich das Ministerium überhaupt ernstlich Mühe gibt, neue Leute zu berufen. Gewöhnlich spielt die Wohnungsfrage noch eine Rolle und die Behörden sind da nicht weniger zugeknöpft als bei den Gehaltsfragen. So hat die Prager Universität durch Jahre die pädagogische und die einzige Lehrkanzel für Geographie unbefehlt gehabt. Wichtige Lehrfächer sind verwaist. Ganz erschreckende Formen nimmt aber die Vakanz der Lehrkanzeln an der Technik an. Wie die „Bohemia“ berichtet, sind statt 63 nur 43 Professoren an der Prager Technik beschäftigt. 16 systemisierte Lehrkanzeln sind unbefehlt. Daß die unbefehlteten Lehrkanzeln keine nebenfächlichen Fächer beinhalten, zeigt folgende Zusammenstellung auch dem Laien:

Mit Ende des abgelaufenen Studienjahres 1924-25 waren die

folgenden Lehrkanzeln unbefehlt:

1. Anorganische und analytische Chemie (vakant seit 1917)

2. Botanik und Warenkunde.
 3. Bodenkundwissenschaften.
 4. Biochemie.
 5. Freihand- und Ornamentzeichnen.
 6. Nationalökonomie.
 7. und 8. Brückenbau I und II.
 9. Straßen- und Tunnelbau.
 10. Geologie und Bodenkunde (Tschchen-Liebwerd).
 11. Volkswirtschaftslehre (Tschchen-Liebwerd).
- Ferner wurden mit Ende des Studienjahres 1924-25 die folgenden Lehrkanzeln vakant:
12. Wärmemaschinen.
 13. Eisenbahnbau.
 14. Bank- und Industriebau, Heizung und Lüftung.
 15. Chemie für Bergleute.
 16. Anatomie und Physiologie der Haustiere (Tschchen-Liebwerd).

Eine Hochschule, die zwei Drittel ihrer Lehrkräfte verloren hat, kommt als wissenschaftliches Institut ja kaum mehr in Betracht. An der Universität ist es nicht ganz so schlimm, aber auch dort sind die Zustände beängstigend genug. Daß die Hochschulen bei dem Angestelltenabbau nicht zu kurz kommen durften, ist beinahe selbstverständlich. Es wurden an der deutschen Technik 11 Angestellte zwangsweise und vier über ihr Verlangen abgebaut, das sind 35 Prozent der Angestellten der Hochschule. Die Zahlen beweisen, daß man auch die deutschen Hochschulen so wie die niederen Schulen begünstigt und als Kulturfaktoren entwertet werden sollen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Bazar.



Wasserdichte Mäntel von 88 K, wasserdichte Paletots von 78 K, bis zum feinsten Genre aus englischem Burberry, in großer Auswahl bei Busch, Damen- und Backfisch-Konfektion en gros und en detail, Prag, Přítohy Nr. 27 (Mitte des Grabens, sogen. Großer Bazar) nur 1. Stock — keine Schaufenster. 4010

Helfen, wo man Hilfe braucht, heilen, wo der Schmerz anhaucht, dies sei eines jeden Pflicht, die uns jeden täglich trifft.

Diese Pflicht kann jeder füllen, wenn er hat den guten Willen, d'rum zur Hilfe möge sein bei der Hand ein Franzbranntwein.

Unter diesem breiten Namen kannst du Nachbar Verschiednes haben, lege daher größten Wert auf den Namen voller Ehr.

Solchen Namen, Klanges voll trägt der ALPA mit Menthol, wenn du kaufst, dann muß es sein ALPA-Menthol-Franzbranntwein

Diese Marke aller Marken verleiht Frische — Lebenskraft, weise daher Nachahmungen ohne weiters — rundwegs — ab.

Achte auf den ALPA-Namen, der im Glase eingepreßt, welchen jede Flasche, Plombe, ebenfalls das Schildchen trägt.

Der Film.

Der Usa-Film „Varieté“ mit Emil Jannings hat in New Yorker und Hollywooder Filmkreisen anfänglich interner Vorführungen wahre Sensationen hervorgerufen und bildet überall das Tagesgespräch. Einer der größten amerikanischen Regisseure, D. W. Griffith, bezeichnet Duponts „Varieté“ als „das letzte Wort in der Filmregie“.

Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Kunst und Wissen.

Prager Konzertsaal.

Von den Prager Konzerten läßt sich nicht behaupten, daß sie die Musikwelt ihrer Stadt widerspiegeln; denn sie bieten in stillosem Runderbau wertvollste Kunstleistungen neben minderwertigsten und zeigen auch in der Teilnahme des Publikums, das nur für Sensationen und als gesellschaftliche Ereignisse zu wertende Konzertveranstaltungen zu haben ist, die vielgerühmte Prager Kunstverständigkeit als Herrbild.

Prager Pianisten Dr. Teller-Denhoff als Novität für Prag ein Klavierquintett von dem französisch-schweizerischen Neutöner Ernest Bloch zur Aufführung gelangte. Formale Geschlossenheit und leidenschaftliche Bewegtheit kennzeichnen die Musik dieses Werkes, das die ausführenden Künstler mit außerordentlicher Präzision und künstlerischer Hingabe spielten.

Eine Internationale Schauspielertagung wird unter Teilnahme von Künstlern aus Deutschland, Österreich, England, Amerika, Holland, Frankreich, Belgien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Rußland, Ungarn, Jugoslawien und Japan vom 23. bis 26. Juni in Berlin stattfinden.

Sonntag, den 25. April, „Eugen Onegin“. Sonntag, den 25. April, findet im Neuen Theater die Erstaufführung der Oper „Eugen Onegin“ von Tschaikowsky statt.

Wesla Werbezelt eröffnet Freitag, den 23. ds., in der Kleinen Bühne ein mehrabendliches Gastspiel. Sie beginnt mit „Mama Pelikan“, Komödie von Armin Friedmann und Ludwig Retz.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitung-AG Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Spill.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Samstag halb 8 Uhr „Der Selige“, „Brüderlein fein“, „Die schlimmen Vögel“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Der leusche Lebemann“, Sonntag 3 Uhr „Der leusche Lebemann“, halb 8 Uhr abends „Nidel und die 36 Gerechten“.

Turnen und Sport.

Oesterreichischer Gewerkschaftssport. Fast alle Gewerkschaften Oesterreichs haben Sportabteilungen errichtet, die eine gute Entwicklung nehmen.

Süddeutsche Arbeiter-Athletik-Meisterschaften — Friesenheim süddeutscher Meister. In Mannheim wurden während der Osterfeiertage die süddeutschen Meisterschaftskämpfe im Deutschen Arbeiter-Athletenbund ausgetragen.

Raffball. Widlig spielte zu Ostern in Tauscha (Sachsen) und verlor 4:2. Die gute Technik der Tauchaer drückt sich im Ergebnis, aber auch die Widliger Spieler zeigten sich als ebenbürtiger Gegner.

Vundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes. In Jena fand zu Ostern in Anwesenheit von 114 Delegierten und sieben Vertretern der russischen Schachgenossen der vierte Vundestag des Deutschen Arbeiterschachbundes statt.

Internationale Schachwettkämpfe werden beim Sportfest in Wien aus Anlaß des Vundestages der österreichischen Arbeiter-Schachspieler ausgetragen.

Ilowakei, Deutschland, Rußland, Dänemark, Ungarn und die Schweiz.

Rademachers letzter Start in Amerika ging in New York oor sich. Rademacher trat im Herausforderungsschwimmen gegen Spence an, der sich für die Niederlage in der Meisterschaft gegen Rademacher gebot hätte.

Aus der Partei. Maifest-Vorstellung.

Am Freitag, den 30. April 1926, um halb 8 Uhr abends, gelangt als Maifestvorstellung im Neuen Deutschen Theater in Prag Smetanäs volkstümliche Oper

Die verkaufte Braut zur Aufführung.

Vorverkauf für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder: Samstag, den 17. April 1926, von 7—9 Uhr abends und Sonntag, den 18. April 1926, von 11—12 Uhr vormittags und Montag, den 19. April 1926, von 8—9 Uhr abends im Bildungsverein deutscher Arbeiter, Prag II., Smetsh 27.

Der allgemeine Vorverkauf beginnt Dienstag, den 20. April 1926, bei Optiker Deutsch, Prag I., Graben (Kleiner Bazar).

Betriebsweise gesammelte Bestellungen bitten wir schon Samstag, den 17. April 1926, bis 1 Uhr mittags im Bildungsverein deutscher Arbeiter, Prag II., Smetsh 27, zu übergeben.

Preise der Plätze nur beim Vorverkauf für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder:

Parterrelogen 80 K, 1. Ranglogen 80 K, 2. Ranglogen 55 K, 3. Ranglogen 40 K, Cercleloge 1. Reihe 20 K, Gauteniloge 2.—4. Reihe 18 K, Parkettloge 5.—12. Reihe 16 K, Parkettloge 13.—20. Reihe 14 K, Balkonloge 1. Reihe 17 K, Balkonloge 2.—4. Reihe 16 K, Balkonloge 5.—7. Reihe 14 K, Gallerieloge 1. Reihe 10 K, Gallerieloge 2.—6. Reihe 9 K, Gallerieloge 7.—10. Reihe 7 K, Gallerielogenseite 6 K.

Beim allgemeinen Vorverkauf erhöhen sich diese Preise für Logen um 5 K, für Sitzplätze um 1 K.

Heute Wiedereröffnung! Deutscher Theater-Garten. Neu renoviert, bietet den angenehmsten Aufenthalt, gute Küche. Täglich Freikonzert. Um gütigen Zuspruch bitten Gottlieb Hora u. Frau.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien. Direktion für die tschechoslowakische Republik. empfehlend sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Transport-, Pferde- und Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen.

Strickgarne. Edelster Qualität aus reiner Schafwolle. Stern Wolle. Man achte auf die Sternmarke und das nebenstehende Garantiezeichen.

Weitverbessertes Modell der Mignon AEG-Schreibmaschine. mit allen Einrichtungen wie bei großer Maschine 15 und mehr Durchschläge. Durch einfache Handbewegung für jede Schriftart und Sprache zu verwenden. Preis konkurrenzlos. Verlangen Sie Offerte von: AEG.-Elektromaterial Brünn, Anl. Dvořáksgasse 11a. Telephon Nr. 1320.